

Bayerisches Staatsministerium des
Innern



VERFASSUNGSSCHUTZ INFORMATIONEN

BAYERN

1. Halbjahr 2004

INHALTSVERZEICHNIS

1.	RECHTSEXTREMISMUS	4
1.1	Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	4
1.1.1	Teilnahme an Wahlen	4
1.1.1.1	Europawahl	4
1.1.1.2	Bürgerschaftswahl in Hamburg	5
1.1.1.3	Landtagswahl in Thüringen	5
1.1.1.4	Bündnisbemühungen	6
1.1.2	Sonstige Aktivitäten	6
1.1.2.1	Politischer Aschermittwoch	6
1.1.2.2	Kundgebung am 1. Mai in Berlin	6
1.1.2.3	Nationales Zentrum in Senden	7
1.1.3	Rechtsextremistische Agitation	8
1.1.3.1	Taktische Beurteilung der Gewaltfrage	8
1.1.3.2	Reaktionen auf die Terroranschläge in Madrid	8
1.1.4	Junge Nationaldemokraten (JN)	8
1.2	Deutsche Volksunion (DVU)	9
1.2.1	Bundesparteitag	9
1.2.2	Teilnahme an Wahlen	9
1.2.3	Rechtsextremistische Agitation	9
1.2.3.1	Reaktionen auf die Terroranschläge in Madrid	9
1.2.3.2	Interview mit dem ehemaligen Vertreter der NPD im Verbotsverfahren	10
1.2.3.3	Polemik gegen demokratische Institutionen	10
1.3	Die Republikaner (REP)	10
1.3.1	Teilnahme an Wahlen	10
1.3.1.1	Europawahl	10
1.3.1.2	Landtagswahl in Thüringen	11
1.3.2	Sonstige Aktivitäten	11
1.3.2.1	Politischer Aschermittwoch	11
1.3.2.2	Landesparteitag	12
1.3.3	Rechtsextremistische Agitation	12
1.4	Fränkische Aktionsfront (F.A.F.)	12
1.5	Freundeskreis Demokratie Direkt München	13
1.6	Kameradschaft Süd	14
1.7	Wichtige Exekutivmaßnahmen und Urteile	14
1.8	Skinheads	15
1.8.1	Überblick	15
1.8.2	Skinhead-Musik als Agitationsinstrument	15
1.8.2.1	Überblick	15
1.8.2.2	Skinhead-Konzerte in Bayern	15
1.8.2.3	Projekt Schulhof	16
1.8.2.4	Exekutivmaßnahmen	16
1.8.3	Verbindungen zur rechtsextremistischen NPD	16

1.9	Rechtsextremistische Gewalttaten	17
1.9.1	Überblick	17
1.9.2	Einzelne Gewaltdelikte	17
1.9.3	Verurteilungen	18
1.10	Neonazismus	19
1.10.1	Kundgebung zum 1. Mai in Leipzig	19
1.10.2	Einigungsbestrebungen	19
1.10.3	Neonazistische Vorfälle	19
2.	LINKSEXTREMISMUS	21
2.1	Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	21
2.1.1	Gründungsauftrag für eine Europäische Linkspartei	21
2.1.2	Europaparteitag	22
2.1.3	Gründungskongress der Europäischen Linkspartei	23
2.1.4	Teilnahme an Wahlen	23
2.1.5	Landesparteitag der PDS Bayern	24
2.1.6	Politischer Aschermittwoch	24
2.2	Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	24
2.3	Proteste gegen die 40. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik	25
2.4	Ostermärsche	26
2.5	Autonome	26
2.5.1	Teilnahme von Autonomen an Kundgebungen zum 1.Mai	27
2.5.2	Antifaschismus	28
2.5.3	Militanzdebatte	29
2.6	Strafverfahren	30
2.7	Linksextremistische Gewalt- und Straftaten	30
3.	EXTREMISTISCHE UND SICHERHEITSGEFÄHRDENDE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN	32
3.1	Islamistischer Terror	33
3.1.1	Terrornetzwerk um al-Qaida	33
3.1.1.1	Überblick	33
3.1.1.2	Islamistisch motivierte Terroraktionen	34
3.1.1.3	Erklärungen des al-Qaida-Netzwerks	36
3.1.1.4	Gerichtsverfahren in Deutschland	36
3.1.1.5	Ausblick	38
3.2	Islamische Extremisten	38
3.2.1	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)	38
3.2.1.1	Verbindungen zu türkischen Parteien	38
3.2.1.2	Loslösung von Ortsvereinen	39
3.2.1.3	Großveranstaltung am 29./30. Mai in Kerpen	39
3.2.1.4	Glorifizierung des Märtyrertums	40
3.2.1.5	Haltung zum Dihad	40
3.2.1.6	Milli Gazete	41

3.2.2	Hilafet Devleti (Der Kalifatsstaat)	41
3.2.3	Hizb ut-Tahrir	42
3.2.4	Ansar al-Islam	42
3.2.5	Muslimbruderschaft (MB)	43
3.2.5.1	Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)	43
3.2.5.2	Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)	44
3.2.6	Islamisch-Irakische Gemeinschaft Deutschland e.V. (IIGD)	
	Hizb al-Dawa al Islamiya (Dawa)	44
3.3	Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL)	
	ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK)	
	bzw. Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	45
3.3.1	Überblick	45
3.3.2	Aufnahme des KONGRA GEL in die Liste terroristischer Organisationen durch die USA und EU	45
3.3.3	Ende des „Waffenstillstands“ in der Türkei	46
3.3.4	Newroz-Feierlichkeiten	46
3.3.5	Neuer KONGRA GEL-naher Fernsehsender	46
3.3.6	Jahreskongress des Internationalen Arbeitgeberverbands (KARSAZ)	46
3.3.7	Kurdischer Nationalkongress (KNK)	47
3.3.8	Festnahmen	47
3.4	Türkische Marxisten/Leninisten	47
3.4.1	Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)	47
3.4.2	Reaktionen türkischer Marxisten/Leninisten zum NATO-Gipfeltreffen in der Türkei	48
3.4.3	Sprengstoffanschläge aus Anlass des NATO-Gipfeltreffens in der Türkei	48
4.	SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)	50
4.1	Geplantes Drogenrehabilitationszentrum im Landkreis Cham	50
4.2	Veranstaltungen	50
4.3	Internationale Aktionen der SO	51
4.4	Erwähnung der Bundesrepublik Deutschland im Menschenrechtsbericht des US-State Departments	51
4.5	Verwaltungsgerichtsverfahren	52

ANHANG

Entwicklung extremistisch motivierter Gewalttaten in Bayern (Grafik)

1. **RECHTSEXTREMISMUS**

Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 13. Juni und bei der gleichzeitig durchgeführten Landtagswahl in Thüringen konnten die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und die Partei „Die Republikaner“ (REP) den Abwärtstrend der letzten Jahre stoppen, auch wenn beide deutlich an der 5 %-Hürde scheiterten. Sie erreichten jedoch aufgrund ihrer Stimmenanteile einen Anspruch auf Leistungen aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Im Vorfeld der Europawahl agitierten Rechtsextremisten zunehmend gegen die Osterweiterung der Europäischen Union. Aus beiden Wahlen gingen die REP als stärkste Partei des rechtsextremistischen Spektrums hervor.

Die NPD misst im Rahmen ihres strategischen „Drei-Säulen-Konzepts“ dem „Kampf um die Parlamente“ zunehmend Bedeutung bei. Sie verstärkte anlässlich des Europawahlkampfes auch in Bayern ihre Aktivitäten. Die Zusammenarbeit mit Neonazis wurde zumindest anlassbezogen fortgesetzt. Ein Teil des neonazistischen Spektrums konkurriert jedoch mit der NPD und beansprucht die ideologische und aktionistische Führungsrolle innerhalb des gesamten rechtsextremistischen Lagers.

Die Deutsche Volksunion (DVU), die auf eine Beteiligung an der Europawahl verzichtete, will sich vor allem auf die im September anstehende Landtagswahl in Brandenburg konzentrieren. Sie ist zwar die finanzstärkste rechtsextremistische Partei, aber nach wie vor zu einer sachorientierten politischen Arbeit nicht fähig. Eine nach der Europawahl zustande gekommene Absprache zwischen DVU und NPD zeigt, dass beide Parteien im Interesse einer Bündelung der rechtsextremistischen Kräfte wieder zur partiellen Kooperation bereit sind.

Mit dem Verbot der neonazistischen Gruppierung Fränkische Aktionsfront (F.A.F.) am 22. Januar hat das Bayerische Staatsministerium des Innern erneut deutlich gemacht, dass alle rechtlichen Möglichkeiten des Vorgehens gegen extremistische Organisationen ausgeschöpft werden.

Der Generalbundesanwalt hat inzwischen gegen insgesamt neun Anhänger der Münchner Kameradschaft Süd wegen Mitgliedschaft bzw. Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung Anklage erhoben. Den Beschuldigten wird vorgeworfen, einen Sprengstoffanschlag auf die am 9. November in München durchgeführte Grundsteinlegung für das Jüdische Kulturzentrum geplant zu haben. Sie hatten sich Sprengstoff und Waffen beschafft.

Die Aktivitäten der rechtsextremistischen Skinheads gingen leicht zurück. Gleichwohl sind Skinheads nach wie vor für die Mehrzahl der in Bayern verübten Gewalttaten verantwortlich. Insgesamt 15 der 23 in Bayern verübten Gewaltdelikte sind Skinheads zuzurechnen.

1.1 **Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)**

1.1.1 Teilnahme an Wahlen

1.1.1.1 Europawahl

Die NPD trat zur Europawahl mit einer 23 Bewerber umfassenden Liste an. Auf Platz eins kandidierte der Parteivorsitzende Udo Voigt, auf Platz fünf der langjährige Par-

teivorsitzende Günter Deckert. Die bayerischen NPD-Funktionäre Ralf Ollert und Sascha Roßmüller belegten die Plätze acht und zehn. Ein schon im August 2003 verabschiedeter „Leipziger Appell“, in dem der Parteivorstand die Gründung einer „Deutschen Liste für Europa“ (DLFE) als paritätisch besetzte nationale Wahlplattform aller deutschen rechtsextremistischen Parteien propagiert hatte, war an den Parteiführungen von DVU und REP gescheitert.

Zentrales Thema des Wahlkampfes war die Agitation gegen die Osterweiterung der Europäischen Union. In ihrem Wahlprogramm „Europäische Freiheit statt US-Imperialismus“ erklärte die NPD, die EU vertrete nicht die Interessen der Völker Europas, sondern die Interessen von - auch außereuropäischen - Kapitalbesitzern. Darüber hinaus verbreitete die Partei im Wahlkampf Parolen wie „Ausländerrückführung statt Integration!“ oder „NEIN zur Islamisierung und zum EU-Beitritt der Türkei!“. Mit Warnungen vor einer „Zuwanderungsschwemme“ und der Behauptung, Deutschland werde von einem „Heer von Billigzuwanderern überflutet“, versuchte sie, soziale Ängste zu schüren. Der Landesverband Bayern betrieb mehr als 50 Info-Stände, an denen Werbematerial verteilt wurde. Weiter fanden einzelne Informationsveranstaltungen, politische „Frühschoppen“ und „Gesprächskreise“ zur Europawahl statt.

Nach dem amtlichen Endergebnis erzielte die NPD einen Stimmenanteil von 0,9 % (1999: 0,4 %). Damit gelang es der Partei, ihr Wahlergebnis gegenüber der Europawahl von 1999 mehr als zu verdoppeln. Ihr bestes Ergebnis mit 3,3 % erreichte sie in Sachsen; in Brandenburg konnte sie 1,8 %, in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen jeweils 1,7 % der Stimmen erzielen. In Bayern gelang der NPD ein Zuwachs auf 0,6 % (1999: 0,2 %). Die Partei hat damit zwar ihr Ziel verfehlt, stärkste Kraft des „nationalen Lagers“ zu werden, aber einen Anspruch auf Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung erworben, was ihre prekäre Finanzsituation entschärft.

1.1.1.2 Bürgerschaftswahl in Hamburg

Die NPD beteiligte sich als einzige Partei aus dem rechtsextremistischen Spektrum an den Wahlen zur Bürgerschaft am 29. Februar. Ihr Wahlkampf stand unter dem Motto „Hamburg wählt Deutsch“ und beschränkte sich auf einzelne Info-Stände, Flugblattverteilaktionen und einen TV-Werbepot. Öffentliche Wahlkundgebungen fanden dagegen nicht statt. Die Hoffnung der Hamburger NPD, vom Wahlverzicht der REP und der DVU profitieren und deren Wählerpotenzial für sich gewinnen zu können, hat sich nicht erfüllt. Mit einem Stimmenanteil von 0,3 % (1997: 0,1 %) blieb die NPD in Hamburg als Wahlpartei bedeutungslos; an der Bürgerschaftswahl im Jahr 2001 hatte sie nicht teilgenommen.

1.1.1.3 Landtagswahl in Thüringen

Zur Landtagswahl in Thüringen am 13. Juni trat die NPD mit einer Landesliste von 15 Bewerbern an, darunter der Neonazi Thorsten Heise. Darüber hinaus wurde die Mehrheit der Listenplätze mit Kandidaten besetzt, die eine Zusammenarbeit der NPD mit Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads befürworteten. An der Sammlung von Unterstützungsunterschriften waren neben Parteimitgliedern auch Anhänger „freier Kameradschaften“ maßgeblich beteiligt. Im Wahlkampf wandte sich die NPD insbesondere gegen eine angeblich geplante Ansiedlung Tausender neuer Asylbewerber in Großstädten wie Erfurt und Jena. Nach dem amtlichen Endergebnis erreichte die NPD mit einem Stimmenanteil von 1,6 % eine deutliche Verbesserung des 1999 erzielten Ergebnisses (0,2 %).

1.1.1.4 Bündnisbemühungen

Der rechtsextremistische Autor Roland Wuttke plädierte in der April-Ausgabe des Parteiorgans „Deutsche Stimme“ für eine Fortsetzung der in Teilen der rechtsextremistischen Szene seit einiger Zeit geführten Diskussion über Berührungspunkte rechts- und linksextremistischer Politik. Unter der Überschrift „Sind Rechte und Linke zu einer strategischen Allianz fähig?“ verwies er u.a. auf den sozialrevolutionären Nationalismus sowie auf nationalistische Elemente in der Politik der Nachkriegs-KPD und der SED als historische Vorbilder für Berührungspunkte „rechter“ und „linker“ Politik. Heute sei die „Linke“ gespalten: Während Teile der „Linken“ sich mit staatsfinanzierten Projekten eines „Kampfs gegen Rechts“ zufrieden gäben und damit dem „BRD-Regime“ Hilfsdienste leisteten, sei es doch viel interessanter, den „gemeinsamen Gegner zu identifizieren“. Denkbar seien strategische Allianzen mit der „anti-imperialistischen und antikapitalistischen Linken“. Dabei bilde die „Kritik am Neoliberalismus“ den zentralen gemeinsamen Berührungspunkt. Es gelte den „Globalkapitalismus als den Zerstörer der Identität der Völker zu identifizieren“. Eine soziale Strömung mit nationaler Orientierung und ökologischer Ausrichtung ergäbe eine ernsthafte Bedrohung für das Herrschaftssystem der Globalisierer. Wenn die „Linke“ die „Naturkraft völkischer Identität“ akzeptierte, wäre „die kritische Masse gegeben, die Veränderungen herbeiführen“ könne.

In der „Deutschen Stimme“ sind bereits mehrfach Beiträge mit einem positiven Bezug auf einzelne Ideologie- und Politikelemente des Linksextremismus erschienen: Im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Irak-Krieg ging es um eine Überwindung der „Rechts-Links-Gegensätze“ und die Forderung „Querfront statt Bürgerkriegsgräben“. Der Beitrag von Wuttke ist ein weiterer Beleg für die Suche von Rechtsextremisten nach Bündnispartnern und ansprechbarem Potenzial.

Ebenfalls in der April-Ausgabe des Parteiorgans erklärte der NPD-Bundesvorsitzende Voigt im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit dem Nationalen Widerstand, es gebe keinen nachvollziehbaren Grund mehr, die Bildung von kleinen, unabhängig arbeitenden Parteien zur Maxime der Politik zu erheben. Nur Einigkeit mache stark. Der Nationale Widerstand auf der Straße brauche einen starken Arm in den Parlamenten. Erste Konsequenz solcher Überlegungen ist die Vereinbarung von NPD und DVU vom 23. Juni, bei den im Herbst anstehenden Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen nicht gegeneinander anzutreten (vgl. auch Nummer 1.2.2).

1.1.2 Sonstige Aktivitäten

1.1.2.1 Politischer Aschermittwoch

Das traditionelle Aschermittwochstreffen der bayerischen NPD am 25. Februar in Straubing fand nur wenig Resonanz. An der Veranstaltung beteiligten sich lediglich etwa 70 Mitglieder und Sympathisanten. Der Landesvorsitzende Ralf Ollert forderte in seiner Rede die Schaffung einer nationalen Bewegung gegen die herrschende Politik in Bayern. Die NPD sehe sich als Wahlpartei einer „Nationalen Widerstandsbewegung“, die den Nationalstaat als Heimat aller Deutschen erhalten wolle.

1.1.2.2 Kundgebung am 1. Mai in Berlin

Unter dem Motto „Arbeit für Millionen statt Profit für Millionäre! Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn!“ veranstaltete die NPD in Berlin-Lichtenberg gemeinsam

mit neonazistischen „Freien Nationalisten“ ihre alljährliche Maikundgebung. An der Versammlung, die zugleich den offiziellen Auftakt des Europawahlkampfes der NPD darstellte, nahmen rund 2.300 Personen teil, darunter auch etwa 300 Rechtsextremisten aus Bayern. Als Redner traten der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt und dessen Stellvertreter Holger Apfel sowie die „Freien Nationalisten“ Thomas Wulff und Ralph Tegethoff auf. Apfel verlas eine Grußbotschaft des inhaftierten Neonazis Friedhelm Busse. Der rechtsextremistische Liedermacher Frank Rennicke sorgte für den musikalischen Rahmen. Die Demonstration konnte aufgrund massiver Störaktionen von Gegendemonstranten erst mit erheblicher Verspätung beginnen. Die ursprüngliche Demonstrationroute wurde von der Polizei aufgrund von Ausschreitungen bei der Gegendemonstration stark abgekürzt. In einer im Internet veröffentlichten Erklärung sah sich die NPD „trotz polizeilicher Repression und Rotfrontterror“ als moralischer und politischer Sieger. Die gemeinsame Vorbereitung und Durchführung dieser Kundgebung durch die Führung der NPD und „Freie Nationalisten“ habe sich als richtig und konstruktiv erwiesen.

Die Zusammenarbeit der NPD mit den „Freien Nationalisten“ um Wulff hat sich für die Partei offenbar bezahlt gemacht: Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Partei fast doppelt so viele Teilnehmer mobilisieren. Damals hatten an der zentralen Maikundgebung der NPD in Berlin 1.300 Personen teilgenommen; an einer zeitgleich durchgeführten Konkurrenzveranstaltung des Neonazis Christian Worch in Halle hatten sich 1.200 Rechtsextremisten beteiligt. An einer in diesem Jahr am 1. Mai von Worch in Leipzig veranstalteten Demonstration nahmen nur etwa 900 Personen teil.

1.1.2.3 Nationales Zentrum in Senden

Anlässlich der Gründung eines NPD-Ortsverbands im Juni 2003 in Senden propagierte die NPD in einem Internet-Beitrag die Schaffung eines „Nationalen Zentrums“, das sich der vorhandenen örtlichen Infrastruktur bedienen werde, um regelmäßig verschiedenartige Veranstaltungen zu organisieren. So fand auf Initiative eines NPD-Funktionärs am 31. Januar in der Turn- und Festhalle in Senden-Ay ein Konzert mit dem rechtsextremistischen Liedermacher Frank Rennicke statt.

Am 21. März führte der NPD-Ortsverband Senden im städtischen Heining-Saal des Rot-Kreuz-Hauses in Senden eine Veranstaltung mit Horst Mahler zum Thema „Hintergründe des 11. September 2001“ durch. Die Stadt Senden hatte diesen Saal der NPD überlassen, die Zulassung aber nachträglich widerrufen. Auf Antrag des Ortsverbands Senden der NPD stellte das Verwaltungsgericht Augsburg die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs gegen den Bescheid der Stadt Senden wieder her; die dagegen beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof eingelegte Beschwerde war erfolglos. Mahler vertrat in seinem Vortrag vor etwa 60 Besuchern die These, dass hinter den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA die amerikanische Regierung selbst stehe und nicht etwa islamistische Kämpfer der al-Qaida.

Am 3. April fand in der Festhalle von Senden erneut ein Vortrags- und Konzertabend statt. An der Veranstaltung nahmen rund 200 Personen teil, davon etwa 140 Skinheads. Der NPD-Bundvorsitzende Udo Voigt bat in seiner Rede um volle Unterstützung für die NPD bei der anstehenden Europawahl. Im Verlauf des Abends traten zwei rechtsextremistische Liedermacher sowie die Skinhead-Band „Act of Violence“ auf.

Die steigende Präsenz der NPD in Senden ist auf den Einsatz eines als äußerst aktiv bekannten NPD-Funktionärs zurückzuführen, der schon zahlreiche NPD-Veranstal-

tungen im Großraum Neu-Ulm und Senden organisierte. Dazu konnte er Anhänger des gesamten rechtsextremistischen Spektrums aus Schwaben bis hin zum baden-württembergischen Bodenseekreis mobilisieren. Hierbei nutzte er den Umstand, dass Konzerte mit rechtsextremistischen Liedermachern wie Frank Rennicke in der Szene weit mehr Anklang finden als ermüdende Vortragsveranstaltungen. Sein stets auf aktuellem Stand gehaltener Internet-Auftritt verschafft ihm ebenfalls Ansehen in der Szene.

1.1.3 Rechtsextremistische Agitation

1.1.3.1 Taktische Beurteilung der Gewaltfrage

Der Publizist und NPD-Theoretiker Jürgen Schwab bekannte sich in der März-Ausgabe des NPD-Parteiorgans „Deutsche Stimme“ zur Anwendung von Gewalt, sofern sie zur Durchsetzung nationalistischer Ziele opportun erscheine. Unter der Überschrift „Befreiungsnationalismus und Gewaltfrage“ erklärte er, Gewalt sei zwar vielfach negativ besetzt, doch handele es sich tatsächlich um einen neutralen, je nach moralischem Standpunkt auslegbaren Begriff. Zur Durchsetzung ihrer Ziele bleibe die Politik auf Gewalt angewiesen, wobei Gewalt militärisch, polizeilich, strukturell, psychisch oder wirtschaftlich ausgerichtet sein könne. Für Nationalisten erübrigten sich pseudomoralische Einlassungen zur Gewaltfrage; diese würden nur zur Spaltung des eigenen Lagers beitragen. Sinnvoller sei es, Gewalt unter dem Gesichtspunkt des vorhandenen Gewaltpotenzials zu beurteilen, also im Hinblick auf die Möglichkeit, durch Gewalt seine politischen Ziele erfolgversprechend anzustreben. Auch Nationalisten müssten der These zustimmen, dass terroristische Gewalt gegen die amerikanischen Besatzer im Irak in jeder Hinsicht legitim sei. Was aus befreiungsnationalistischer Sicht im heutigen Irak oder Palästina jedoch sinnvoll sei, könne sich bei fehlendem Bewusstsein des unterdrückten Volks - so wie es in der Bundesrepublik der Fall sei - als verhängnisvoll und kontraproduktiv erweisen. Mediale Verblödung und Umerziehung ließen Gewaltanwendung gegen das System als illegitim erscheinen. Organisierter Nationalismus sollte deshalb gegenwärtig militante Gewalt aus „nationaler Verantwortung und parteipolitischer Legalität“ für sich selbst ausschließen. Ein tatsächlich legitimes staatliches Gewaltmonopol könne erst das wieder herzustellende „national-befreite“ Deutsche Reich beanspruchen.

Der Germanist Schwab ist Leiter des NPD-Arbeitskreises „Volk und Staat“ und Führungsaktivist der rechtsextremistischen „Deutschen Akademie“. Er hält die Gewaltoption zur Beseitigung der gegenwärtigen politischen Ordnung in Deutschland grundsätzlich für gerechtfertigt und lehnt sie nur aus taktischen Erwägungen ab.

1.1.3.2 Reaktionen auf die Terroranschläge in Madrid

In einem am 12. März im Internet veröffentlichten Beitrag forderte der NPD-Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt, die Bombenleger von Madrid und den amerikanischen Präsidenten auf die gleiche moralische Stufe zu stellen. Darüber hinaus machte er die USA für die Anschläge moralisch mitverantwortlich. Die vielen von den USA ausgelösten kriegerischen Auseinandersetzungen in Afghanistan, im Irak oder zuvor in Vietnam hätten Tod und Verderben über viele Menschen gebracht, die so unschuldig gewesen seien wie die Opfer in Madrid.

1.1.4 Junge Nationaldemokraten (JN)

Der JN-Bundesvorstand beschloss Ende Februar ein umfangreiches Konzept für eine Schülerzeitungskampagne unter dem Motto „Nationalismus in die Schulen tragen“.

Auf diese Weise soll eine „gezielte Gegenöffentlichkeit“ zu den vom herrschenden politischen „System“ in den öffentlichen Diskurs eingebrachten Meinungen erzeugt werden. Ein wesentlicher Aspekt dieser „Gegenöffentlichkeit“ werde die unmissverständliche Analyse der staatlichen Repression und das damit verbundene Aufzeigen von Freiheitsdefiziten sein. Ein weiterer Schwerpunkt sei die Zurückgewinnung der Definitionshoheit bezüglich des Begriffs „Nationalismus“ und weiterer damit zusammenhängender Begriffe wie „Volk“, „Nation“ und „Staat“, um auf diesem Weg der gezielt vorgetragenen Desinformation des herrschenden politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland entgegenzuwirken.

1.2 Deutsche Volksunion (DVU)

1.2.1 Bundesparteitag

Am Bundesparteitag der DVU am 20. März in München beteiligten sich etwa 150 Mitglieder und Sympathisanten. Bei der Wahl des Bundesvorstands wurde der Bundesvorsitzende Dr. Gerhard Frey mit 99 % der abgegebenen Stimmen in seiner Funktion bestätigt. Einen der beiden Stellvertreterposten besetzt wie bisher der Vorsitzende des Landesverbands Bayern Bruno Wetzel. Als Nachfolger des Anfang März verstorbenen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Heinrich Gerlach wurde der DVU-Abgeordnete der Bremer Bürgerschaft Siegfried Tittmann gewählt.

Dr. Frey rief in seiner Grundsatzrede dazu auf, alle Kräfte auf die bevorstehende Landtagswahl in Brandenburg zu konzentrieren. Das Gebot der Stunde sei scharfe Opposition gegen den deutschfeindlichen Kurs der etablierten Parteien. Zur aktuellen Finanzlage der DVU gab Dr. Frey bekannt, dass sich die Parteischulden von 2.400.000 € im Jahre 2003 auf 1.450.000 € reduziert hätten.

1.2.2 Teilnahme an Wahlen

Die Partei hält nach wie vor an ihrer Taktik fest, nur dort zu kandidieren, wo sie sich Erfolgchancen ausrechnet. Daher verzichtete sie auf eine Beteiligung an der Europawahl 2004. Geplant ist derzeit die Teilnahme an der Landtagswahl am 19. September in Brandenburg, wo die DVU bereits mit fünf Abgeordneten im dortigen Landesparlament vertreten ist.

Angesichts der „zunehmenden Überfremdung und der sozialen Verarmung der Deutschen“ vereinbarten die Parteivorstände von DVU und NPD am 23. Juni, sich im September 2004 bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen nicht durch gleichzeitige Kandidaturen zu behindern. Sie empfahlen den „nationalen Wählern“, in Brandenburg für die DVU und in Sachsen für die NPD zu stimmen, um in beiden Ländern „nationale Abgeordnete ins Parlament zu bringen“. Dieses Abkommen ist die Konsequenz aus dem Ergebnis der Wahlen vom 13. Juni, bei denen die rechtsextremistischen Parteien besonders deutliche Erfolge dort erzielten, wo sie nicht miteinander konkurrierten.

1.2.3 Rechtsextremistische Agitation

1.2.3.1 Reaktionen auf die Terroranschläge in Madrid

Unter der Überschrift „Madrid: Die wahren Lehren. Was Etablierte jetzt begreifen müssen“ fragte das DVU-Sprachrohr „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ)

rhetorisch, wer Fanatiker zu solchen Verzweiflungstaten provoziere. Die USA hätten seit den Anschlägen des 11. September 2001 mehr als zehntausend Menschen hingemordet. Usama bin Ladin habe bereits zur Rechtfertigung des US-Überfalls auf Afghanistan herhalten müssen und solle nunmehr Hauptverantwortlicher für Terror-Attacken in Europa sein. Ihn habe man bislang jedenfalls ebenso wenig wie Massenvernichtungswaffen im Irak aufgespürt.

1.2.3.2 Interview mit dem ehemaligen Vertreter der NPD im Verbotsverfahren

In einem Interview mit der NZ betonte der mit einem vorläufigen Berufsverbot belegte Rechtsanwalt Horst Mahler die Kontinuität seiner derzeitigen rechtsextremistischen Aktivitäten mit seiner früheren Mitgliedschaft in der linksterroristischen Rote Armee Fraktion (RAF). Sein heutiger Kampf sei - mit anderen Konturen - der gleiche wie vor 30 Jahren und richte sich auch gegen denselben Feind. Gewandelt habe sich im Lauf der Zeit aber die Auffassung, wie der Feind richtig zu bekämpfen sei. Die Akte dieses Staates, seiner Behörden und Gerichte seien Ausdruck der Gewalt, der Niederhaltung und Ausbeutung und daher grundsätzlich unbeachtlich. Eine Ausnahme stellten lediglich einzelne notwendige Akte zur Aufrechterhaltung der Ordnung dar. Die Entscheidung, welche staatlichen Regelungen in diesem Zustand der erzwungenen Anarchie unbeachtlich seien und welche nicht, müsse jeder Bürger auf eigenes Risiko für sich treffen.

Mahlers Aussagen entsprechen seinen bekannten Theorien, in denen er dem demokratischen Rechtsstaat die Existenzberechtigung abspricht.

1.2.3.3 Polemik gegen demokratische Institutionen

In einem im Internet veröffentlichten Beitrag warf die DVU Vertretern demokratischer Institutionen vor, durch ihr angeblich inkompetentes und korruptes Verhalten die Demokratie in Verruf zu bringen. In der politischen Stimmung der Deutschen spiegelten sich Empörung, Frust und Wut über die „Volksvertreter“ als „Knechte finanzkräftiger Lobbys“ wider. Gegen politisch Missliebige von rechts und links werde ein gewaltiger „Repressions- und Verleumdungsapparat“ zur Rettung der Demokratie in Bewegung gesetzt. Gleichzeitig seien es aber die Etablierten selbst, die „das Vertrauen des Volks in die Demokratie abfackeln“.

Mit derartigen Angriffen auf den demokratischen Rechtsstaat und seine Repräsentanten versucht die DVU, das Vertrauen des Bürgers in die Politik und in die Wertordnung des Grundgesetzes zu erschüttern.

1.3 Die Republikaner (REP)

1.3.1 Teilnahme an Wahlen

1.3.1.1 Europawahl

Die REP kandidierten zur Europawahl mit einer 15 Kandidaten umfassenden Liste. Spitzenkandidatin war die stellvertretende Bundesvorsitzende und Landesvorsitzende von Nordrhein-Westfalen Ursula Winkelsett, gefolgt vom Bundesvorsitzenden Dr. Rolf Schlierer. Zwei Bewerber aus Bayern nahmen die Listenplätze sieben und zwölf ein. Nach dem amtlichen Endergebnis erzielten die REP einen Stimmenanteil von 1,9 % (1999: 1,7%) und konnten damit ihr Ergebnis im Vergleich zu letzten Europa-

wahl geringfügig verbessern. Am erfolgreichsten waren sie in Sachsen (3,4 %), gefolgt von Baden-Württemberg (2,8 %) und Rheinland-Pfalz (2,7 %). In Bayern steigerten sich die REP gegenüber der Europawahl 1999 von 1,9 % auf 2,3 %. Die besten Ergebnisse erreichten sie dabei in Rosenheim mit 5,6 % und im Landkreis Würzburg mit 5,1 % der Stimmen.

In ihrem Programm zur Europawahl wandten sich die REP gegen die derzeitige Ausrichtung der EU und forderten ein Europa der Vaterländer auf der Grundlage des gemeinsamen kulturellen Erbes, das es zu verteidigen gelte. Eine der wichtigsten Aufgaben der EU sei eine restriktive Ausländer- und Asylpolitik zwecks Erhalt der europäischen Identität. Nur ein Zuwanderungsstopp für Nichteuropäer in Verbindung mit einem Rückführungsprogramm biete die Chance, die bereits stattfindende „Überfremdung“ einzudämmen. Überdies könnten der EU nur zivilisierte Staaten angehören. Polen und die Tschechische Republik gehörten bis zur Aufhebung der Bierut- und Benes-Dekrete sowie der Anerkennung der Vertreibungsverbrechen nicht dazu. Des Weiteren traten die REP für die Abschaffung des Euro und die Rückkehr zur Deutschen Mark ein.

Im Wahlkampf präsentierten sich die REP erneut als Protestpartei. Mit Parolen wie „Europa ohne Türken“, „Abzocker stoppen“ und „Sozialabbau, Altersarmut. Wir haben etwas dagegen!“ forderte die Partei auf Plakaten, Postkarten und Flugblättern die Wähler dazu auf, den „Altparteien“ die Rote Karte zu zeigen und „einen Denktettel zu verpassen“. In Bayern fanden Wahlveranstaltungen mit der Spitzenkandidatin Ursula Winkelsett im März in Rosenheim und Deggendorf sowie im Mai in Freilassing statt. Winkelsett betonte in Freilassing, die REP kandidierten bei der Europawahl, um 70 Millionen Deutschen eine Stimme zu geben und nicht den drei Millionen hier lebenden Türken. Zwei REP-Funktionäre aus Niederbayern führten am 30. April in Grafenau, Freyung und am Grenzübergang Philippsreut Mahnwachen gegen die EU-Osterweiterung durch, die bei der Bevölkerung kaum Beachtung fanden.

1.3.1.2 Landtagswahl in Thüringen

Zur Landtagswahl in Thüringen kandidierten die REP mit einer Landesliste von neun Bewerbern. In ihrem Wahlprogramm widmeten sie sich insbesondere Themen wie Arbeits-, Gesundheits- und Sozialpolitik.

Wie die NPD konnten auch die REP ihr Wahlergebnis in Thüringen deutlich steigern. Mit einem mehr als verdoppelten Stimmenanteil von 2,0 % (1999: 0,8 %) erwarb die Partei wie schon bei der Europawahl einen Anspruch auf Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung.

1.3.2 Sonstige Aktivitäten

1.3.2.1 Politischer Aschermittwoch

Am 25. Februar eröffneten die REP in Geisenhausen, Landkreis Landshut, mit ihrer alljährlichen Aschermittwochsveranstaltung den Europawahlkampf. An dem Treffen nahmen mit rund 200 Besuchern (2003: 500) deutlich weniger als im Vorjahr teil. Der Bundesvorsitzende Dr. Rolf Schlierer bezeichnete die Bundesregierung als „Karnevalstruppe“, die Deutschland auch nach Faschingsende weiter zur Lachnummer mache. Es gelte, sich der Zerstörung des Sozialstaats durch inkompetente und rückgratlose Politiker der „Berliner Altparteien“ zu widersetzen. Scharf kritisierte Dr. Schlierer die geplante Osterweiterung der EU. Solange Polen und Tschechien nicht bereit seien,

die Vertreibungsdekrete gegen Deutsche aufzuheben und das Vertreibungsunrecht wieder gutzumachen, hätten sie in der EU nichts verloren. Sollte es zu einem Beitritt der Türkei kommen, werde die zu erwartende Einwanderung von Millionen Türken die Sozialsysteme und den inneren Frieden in den Städten endgültig zusammenbrechen lassen.

1.3.2.2 Landesparteitag

Der REP-Landesverband Bayern hielt am 24. April in Schechen, Landkreis Rosenheim, seinen Landesparteitag ab. Unter den rund 80 Teilnehmern waren auch der Bundesvorsitzende Dr. Rolf Schlierer sowie seine Stellvertreterin und Europawahlspitzenkandidatin Ursula Winkelsetz. Bei den Vorstandswahlen wurde der Landesvorsitzende Johann Gärtner mit großer Mehrheit wieder gewählt. Gärtner erwartet aufgrund der Zusammensetzung des Vorstands eine konstante Fortführung der bisherigen Parteiarbeit. Er rief dazu auf, den Europawahlkampf optimistisch anzugehen und die Bevölkerung im Kampf gegen den Sozialabbau zu unterstützen. Der Bundesvorsitzende Dr. Schlierer betonte in seiner Eröffnungsrede die seit Jahren erhobene Forderung der Partei, die Sozialversicherungssysteme von versicherungsfremden Leistungen zu befreien und vor missbräuchlicher Inanspruchnahme zu schützen. Mit dem Begriff der „versicherungsfremden Leistungen“ wenden sich die REP vor allem gegen die Ausländer- und Sozialpolitik der Bundesregierung:

„Solidargemeinschaft bedeutet Leistung und Gegenleistung, also Ansprüche erst nach vorangegangener eigener Leistung. Bei der Fehlsteuerung unserer Sozialsysteme brauchen wir uns über leere Rentenkassen nicht zu wundern.“

Die deutliche Wiederwahl von Johann Gärtner zum bayerischen Landesvorsitzenden - trotz anhaltender Erfolglosigkeit der Partei auch auf Landesebene - dokumentiert den Mangel an personellen Alternativen. Frühere Kritiker des auch von Gärtner unterstützten Abgrenzungskurses des Bundesvorsitzenden sind inzwischen aus der Partei ausgetreten bzw. wurden in Einzelfällen ausgeschlossen.

1.3.3 Rechtsextremistische Agitation

In einer Pressemitteilung vom 20. März erklärte die Partei, nicht die mangelnde Integration muslimischer Einwanderer sei schuld an der Terrorgefahr, sondern die „laxe und realitätsblinde Zuwanderungspolitik der letzten Jahrzehnte“. Die „Altparteien“ hätten über Jahre hinweg sämtliche Konflikte dieser Welt in unser Land geholt, ohne den Zuwanderern die Grenzen der Toleranz und Gastfreundschaft zu zeigen. Der islamistische Sumpf in Deutschland müsse rasch und konsequent trockengelegt werden, anstatt die Integrationslücke wieder aufzuwärmen.

1.4 Fränkische Aktionsfront (F.A.F.)

Die erstmals im Mai 2001 in Erscheinung getretene F.A.F. verfolgte nach eigenen Angaben das Ziel, die „Durchschlagskraft“ des „Nationalen Widerstands in Franken“ zu verbessern. Ihr Kern umfasste etwa 40 Personen; das Mobilisationspotenzial betrug etwa das Dreifache. Die Gruppierung bildete für das gesamte rechtsextremistische Spektrum im Großraum Nürnberg ein Sammelbecken, in dem Neonazis, rechtsextremistische Skinheads und NPD-Mitglieder aktiv waren. Aufgrund der eindeutig neonazistischen Prägung der Hauptakteure entwickelte sich die F.A.F. von einer Skinhead-Gruppierung zu einer der aktivsten Neonazi-Gruppierungen im baye-

rischen Raum. Auch die ideologische Auseinandersetzung mit Themen wie der „Ausländerpolitik“ oder der „Anti-Antifa-Arbeit“ erfolgte unter neonazistischen Aspekten.

Neben der Mitgliedschaft von zahlreichen F.A.F.-Aktivisten in der mittelfränkischen NPD bestanden auch enge Kontakte von Gruppenmitgliedern zu Ralf Ollert, dem bayerischen NPD-Landesvorsitzenden und Mandatsträger der rechtsextremistischen Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) im Nürnberger Stadtrat.

Durch ihre Aktionen verschaffte sich die F.A.F. einen überregionalen Bekanntheitsgrad in der rechtsextremistischen Szene. Sie zeichnete für zahlreiche Aufkleber- und Plakataktionen verantwortlich. Darüber hinaus beteiligte sie sich häufig an Mahnwachen, Demonstrationen und Veranstaltungen anderer rechtsextremistischer Organisationen, wie beispielsweise der NPD oder der neonazistischen „Kameradschaft Süd - Aktionsbüro Süddeutschland“ (AS) in München. Ein Zusammenwirken der F.A.F. mit der AS konnte erstmals im Herbst 2002 beobachtet werden. So unterstützte die F.A.F. die AS personell und logistisch bei Aktionen gegen die Wehrmachtsausstellung in München. Um die Zusammenarbeit noch weiter zu intensivieren, planten die F.A.F. und die AS die Gründung einer „Aktionsgemeinschaft Bayern“, die als Dachverband für „nationale Politik“ fungieren und damit einer Vernetzung der Szene dienen sollte. Die F.A.F. unterhielt daneben zahlreiche Verbindungen zu regionalen Skinhead-Gruppierungen.

Am 22. Januar wurde die F.A.F. vom Bayerischen Staatsministerium des Innern verboten, da sie sich aufgrund ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtete und ihre Tätigkeit außerdem den Strafgesetzen zuwiderlief. Beim Vollzug des Verbots durchsuchte die Polizei die Wohnungen mehrerer führender Aktivisten der F.A.F. und stellte u.a. acht PC-Anlagen, diverse Disketten, fünf Schreckschusswaffen, zwei Schlagstöcke sowie umfangreiches Schrift- und Propagandamaterial sicher.

Mit dem Verbot der F.A.F. wurde eine der bedeutendsten Neonaziorganisationen in Bayern zerschlagen. In ersten Reaktionen kritisierte das rechtsextremistische Spektrum die „Einseitigkeit“ staatlicher Repression gegen die „rechte“ Szene. Als Konsequenz wurde zur Bildung autonomer Strukturen aufgerufen, um künftigen Verboten vorzubeugen.

1.5 **Freundeskreis Demokratie Direkt München**

Der ehemalige Leiter der Ende 2003 aufgelösten rechtsextremistischen Vereinigung „Demokratie Direkt München e.V.“ Roland Wuttke setzte seine Aktivitäten unter der Bezeichnung „Freundeskreis Demokratie Direkt München“ fort. So trat er am 13. Februar in München als Veranstalter einer Mahnwache zum Thema „Gedenken an Bombenterror in Dresden“ in Erscheinung. Daran beteiligten sich etwa 40 Personen, darunter mehrere ehemalige Mitglieder und Sympathisanten des aufgelösten Vereins. Die Demonstranten entrollten schwarze Fahnen, verteilten Flugblätter und zeigten ein Schild mit der Aufschrift „Dresden, 13.02.1945, Es war Völkermord“.

Für den 25. April meldete Wuttke bei der Landeshauptstadt München eine Mahnwache vor der Feldherrnhalle unter dem Motto „Gedenken an die Opfer des Gesinnungsterrors“ an. Anlass war der Freitod eines 75-jährigen Rechtsextremisten, der sich am 25. April 1995 an der Feldherrnhalle verbrannt hatte, um damit gegen „50 Jahre unend-

licher Verleumdung“ und gegen die „Verteufelung eines ganzen Volks“ zu protestieren. Wegen der hohen Symbolkraft des Versammlungsorts für Rechtsextremisten und der daraus resultierenden unmittelbaren Gefährdung der öffentlichen Ordnung verfügte die Versammlungsbehörde eine Verlegung der Mahnwache auf den Marienplatz. An der Kundgebung beteiligten sich rund 60 Personen.

1.6 **Kameradschaft Süd**

Der Generalbundesanwalt erhob mit zwei Schriftsätzen vom 28. April und 28. Juni Anklage gegen insgesamt neun Beschuldigte, die der Münchner Kameradschaft Süd angehörten, wegen Rädelsführerschaft bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Die Beschuldigten, darunter auch der Neonazi Martin Wiese, dem Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird, hatten im Sommer 2003 einen Sprengstoffanschlag auf die Grundsteinlegung des Jüdischen Kulturzentrums am 9. November 2003 in München geplant; hierzu hatten sie sich Waffen und Sprengstoff beschafft.

Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz hatte durch den Einsatz eines V-Manns Erkenntnisse über die Waffen- und Sprengstoffbeschaffung durch Martin Wiese erlangt. Eine gerichtlich angeordnete und vom Bayerischen Landeskriminalamt durchgeführte Wohnraumüberwachung mit technischen Mitteln bestätigte diese Informationen. Nach der Festnahme der Verdächtigen beauftragte der Generalbundesanwalt das Polizeipräsidium München mit den weiteren Ermittlungen. Diese bestätigten zwar die Anschlagplanung für den 9. November 2003, ergaben aber keine Anhaltspunkte dafür, dass die Kameradschaft Süd bzw. der engere Personenkreis um den mutmaßlichen Anführer Wiese über persönliche Kontakte hinaus bundesweite Strukturen unterhielten und in ein so genanntes „braunes Netzwerk“ eingebunden waren.

Am 3. März verurteilte das Landgericht Neuruppin im Zusammenhang mit dem Ermittlungskomplex gegen die Kameradschaft Süd um ihren Anführer Wiese in einem abgetrennten Verfahren zwei Männer aus Brandenburg wegen Verstoßes gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz zu Bewährungsstrafen von 21 bzw. zwölf Monaten. Sie hatten nach Überzeugung des Gerichts der Gruppe um Wiese Sprengstoff geliefert und illegal Waffen beschafft.

1.7 **Wichtige Exekutivmaßnahmen und Urteile**

Am 18. April nahm die Polizei in Berlin und Brandenburg insgesamt sieben mutmaßliche Rechtsextremisten einer Wehrsportgruppe fest. Die Durchsuchungsaktionen richteten sich gegen insgesamt 15 Objekte. Dabei wurden Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Hieb-, Stich- und Gaswaffen sowie Explosivmittel beschlagnahmt. Nach dem derzeitigen Ermittlungsstand zielten die Aktivitäten der Kameradschaftsmitglieder auf den „Sturz des Systems“ hin.

Am 27. April verurteilte das Landgericht Kiel den Neonazi und ehemaligen Vorsitzenden des NPD-Landesverbands Schleswig-Holstein, Peter Borchert, wegen zahlreicher Waffendelikte zu dreieinhalb Jahren Freiheitsstrafe. Er war am 28. Oktober 2003 im Zusammenhang mit einer Großrazzia gegen die rechtsextremistische Gruppierung „C 18 Pinneberg“ verhaftet worden. Bei der Durchsuchung hatte die Polizei bei ihm Schuss-, Schlag- und Stichwaffen sowie Munition sichergestellt. Ein Tank-

stellenüberfall sowie der Vorwurf des unerlaubten Waffenbesitzes, weswegen Borchert bereits im Oktober 2002 vorübergehend festgenommen worden war, waren nicht Gegenstand der Verhandlung.

1.8 Skinheads

1.8.1 Überblick

Das Potenzial der rechtsextremistischen gewaltbereiten Skinheads beträgt rund 800 Personen. Zusammen mit etwa 300 aktiven Neonazis resultiert daraus weiterhin ein gewaltbereites rechtsextremistisches Potenzial von rund 1.100 Anhängern. Schwerpunkte sind weiterhin die Ballungszentren Nürnberg und München. Trotz des nahezu unveränderten Personenpotenzials der Skinhead-Szene ist derzeit ein allgemeiner Rückgang der szenespezifischen Aktivitäten festzustellen. Dies resultiert zum einen aus der Festnahme des Martin Wiese und seiner Gefolgsleute der Kameradschaft Süd im September 2003 (vgl. auch Nummer 1.6) und zum anderen aus dem im Januar 2004 durch das Bayerische Staatsministerium des Innern erlassenen Verbot der Fränkischen Aktionsfront (F.A.F.). Diese beiden staatlichen Maßnahmen verunsicherten die Skinhead-Szenen in ganz Bayern. Auch der intensive Überwachungsdruck der Sicherheitsbehörden wirkte sich negativ auf die Aktionsbereitschaft der Skinhead-Aktivisten aus. Derzeit fehlt es der Szene an Personen, die verantwortlich Veranstaltungen organisieren, um das vorhandene Personenpotenzial auszuschöpfen.

1.8.2 Skinhead-Musik als Agitationsinstrument

1.8.2.1 Überblick

Skinhead-Musik ist in der rechtsextremistischen Szene nach wie vor ein wichtiges Medium für Ideologie und Agitation; daneben dient sie auch der Rekrutierung neuer Anhänger. In Bayern sind derzeit fünf rechtsextremistische Skinhead-Bands aktiv. Sie absolvieren teilweise Konzertauftritte im In- und Ausland und veröffentlichen Tonträger. Es handelt sich hierbei um die Gruppen „Aryan Rebels“ aus Lichtenfels, „Aufmarsch“ aus Ingolstadt, „Fadenkreuz“ aus dem Raum Cham/Roding, „Nordwind“ aus Fürth und „Pride'n Pain“, die Nachfolgegruppe der „Porkhunters“ aus Babenhausen.

1.8.2.2 Skinhead-Konzerte in Bayern

Die Zahl der Skinhead-Konzerte in Bayern war rückläufig. Während im ersten Halbjahr 2003 13 Konzerte bekannt wurden, waren es im ersten Halbjahr 2004 lediglich sechs Veranstaltungen. Die Teilnehmerzahlen bewegten sich zwischen 50 und 300 Personen. Wesentlicher Grund für den Rückgang der Konzertveranstaltungen war die Schließung der beiden Szene-Lokale in Salching, Landkreis Straubing-Bogen, und Plattling, Landkreis Deggendorf, im April bzw. Mai 2003.

Am 7. Februar besuchten rund 300 Personen aus der Skinhead-Szene ein Konzert in Sulzbach-Rosenberg mit den Skinhead-Bands „Selbststeller“ aus Sachsen, „Kampfbzone“ aus Sachsen-Anhalt, „Aufmarsch“ aus Bayern sowie „Tollshock“ und „Stoneheads“ aus Österreich. Die Polizei leitete gegen zwei Personen wegen rechtsextremistischer Propagandadelikte Ermittlungsverfahren ein. Das Konzert selbst verlief ohne Störungen.

Die größte Veranstaltung dieser Art fand am 20. März in Etzenricht, Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab, statt. Das von einem Skinhead aus Weiden als Geburtstagsfeier

angemeldete Konzert wurde von der Kameradschaft „Weiße Wölfe“ aus Cham/Roding organisiert. Vor rund 300 Besuchern traten die Skinhead-Bands „Territorium“ aus Hannover, „Endlöser“ aus Bremen, „DNA“ aus Thüringen, „Aufmarsch“ aus Ingolstadt und „Fadenkreuz“ aus Cham/Roding auf. Das Konzert verlief ohne Störungen. Bei polizeilichen Vorkontrollen wurden gegen zwei anreisende Teilnehmer Ermittlungsverfahren wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen bzw. wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz eingeleitet. Gegen eine weitere Person ermittelt die Polizei wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte.

1.8.2.3 Projekt Schulhof

Seit Anfang des Jahres wird in der rechtsextremistischen Szene in Deutschland eine CD-Verteilaktion unter der Bezeichnung „Projekt Schulhof“ vorbereitet. Rechtsextremistische Musikvertriebe und -gruppen sowie neonazistische Kameradschaften haben eine CD mit rechtsextremistischer Musik in hoher Stückzahl produziert, die bundesweit kostenlos an Jugendliche, insbesondere vor Schulen, verteilt werden soll. Die CD mit dem Titel „Anpassung ist Feigheit - Lieder aus dem Untergrund“ enthält Musikstücke scene-bekannter rechtsextremistischer Bands aus dem In- und Ausland. Nach Angaben der Initiatoren ist es Ziel dieser Kampagne, „rechte“ Musik in den Mittelpunkt politischer Diskussionen zu stellen und „ideologisch nicht gefestigten“ Jugendlichen die Möglichkeit zu bieten, sich mit dieser Musik zu identifizieren.

Damit beabsichtigen Rechtsextremisten erstmals, offensiv und in großer Zahl außerhalb der Szene stehende Jugendliche anzusprechen, um bei diesen Interesse an rechtsextremistischer Musik und darüber hinaus auch an der entsprechenden Ideologie zu wecken. Offenbar setzen sie auf die Erfahrung, dass Skinheadmusik mit ihren provozierenden Inhalten insbesondere für Jugendliche einen Anreiz zum Einstieg in die rechtsextremistische Szene bietet.

1.8.2.4 Exekutivmaßnahmen

Am 24. März durchsuchte die Polizei auf Initiative des Bundeskriminalamts bundesweit die Wohnungen von 341 Personen in 333 Objekten. In Bayern wurden insgesamt 31 Objekte in Schwabach, Augsburg, Straubing, Amberg, Erding, Bamberg, Würzburg, Memmingen, Landshut, Bayreuth, München, Ingolstadt, Weiden, Fürstenfeldbruck, Fürth, Traunstein, Weilheim, Hof und Rosenheim durchsucht. Die Maßnahmen wurden hier durch das Bayerische Landeskriminalamt koordiniert. Die Beschuldigten dieser Exekutivmaßnahme stehen im Verdacht, über die Internet-Tauschbörse KaZaA rechtsextremistische Musiktitel mit strafbaren Inhalten zum Download angeboten zu haben. Die örtlich zuständigen Staatsanwaltschaften leiteten gegen die Verdächtigen Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung ein. Bei den Durchsuchungen in Bayern wurden in allen Objekten EDV-Anlagen, teilweise Abspielgeräte sowie zahlreiche Tonträger sichergestellt. Vereinzelt konnten auch Computerspiele oder scene-typische Devotionalien sowie eine Soft-Air-Waffe mit Munition und fünf nach dem Waffengesetz als verbotene Gegenstände eingestufte Wurfsterne sichergestellt werden.

1.8.3 Verbindungen zur rechtsextremistischen NPD

Die NPD hat in einzelnen Bereichen Bayerns, insbesondere in Mittelfranken, nach wie vor gute Verbindungen zur Skinhead-Szene. In anderen Bereichen Bayerns gehen dagegen Skinheads gelegentlich auf Distanz zur NPD. So boykottierten beispielsweise Angehörige der Skinhead-Kameradschaft „Donaufront“ aus Ingolstadt den NPD-Stamm-

tisch, als dessen Organisatoren versuchten, politische Ideen der Partei bei den Stammtischtreffen zu propagieren.

1.9 Rechtsextremistische Gewalttaten

1.9.1 Überblick

Im ersten Halbjahr 2004 wurden nach bisherigen Feststellungen insgesamt 23 Gewaltdelikte (im Vergleichszeitraum 2003: ebenfalls 23 Gewaltdelikte) mit rechtsextremistischer Motivation verübt; 15 davon waren Skinheads zuzurechnen. Von den insgesamt bisher 33 ermittelten Tatverdächtigen gehören 25 der Skinhead-Szene an.

1.9.2 Einzelne Gewaltdelikte

Rechtsextremistische Gewalttaten wurden überwiegend von jungen Männern begangen; einzelne Täter sind aber auch ältere Männer oder junge Frauen aus der Szene.

Am 3. Januar schlug in Beilngries, Landkreis Eichstätt, ein Skinhead seinem Kontrahenten mehrfach eine Bierflasche auf den Kopf. Das 17-jährige Opfer erlitt dabei eine Platzwunde und Gesichtsverletzungen. Anlass war ein von dem Angegriffenen getragenes T-Shirt mit der Aufschrift „Gegen Nazis“.

In München wurde am 3. Januar eine Türkin, die mit drei Kindern an einer Bushaltestelle wartete, von einem etwa 20-jährigem unbekanntem Täter zunächst mit den Worten „Ausländer raus - alle Ausländer sind Scheiße“ beleidigt. Nach einer kurzen Diskussion schlug der Angreifer die Mutter nieder und trat auf sie ein. Die Frau musste im Krankenhaus ambulant behandelt werden. Der Täter konnte flüchten.

In Dorfen, Landkreis Erding, entbot ein 16-jähriger Schüler in der Zeit vom 1. bis 21. Januar einem neunjährigen dunkelhäutigen Kind gegenüber mehrfach den „Hitler-Gruß“ und rief dazu „Heil Hitler“. In einem Fall rief er „Jetzt ab ins KZ“ und schoß mit einer Soft-Air-Pistole auf das Kind.

Am 25. Januar blockierten in Zusamaltheim, Landkreis Dillingen a.d. Donau, vier Skinheads eine Straße und veranlassten dadurch vier Insassen eines Pkw auszusteigen. Nach einem Wortwechsel, bei dem auch die Parolen „Heil Hitler“ und „Sieg Heil“ gerufen wurden, griffen die Skinheads zwei der Pkw-Insassen mit Faustschlägen und Stiefeltritten an. Das Fahrzeug der Angegriffenen wurde durch Fußtritte beschädigt. Bis zum Eintreffen der Polizei verwüsteten die Skinheads einen Bauwagen, der den Dorfjugendlichen als Treffpunkt diente. Zerstört wurden ferner ein dort abgestelltes Moped und ein Sturzhelm. Die beiden angegriffenen Pkw-Insassen erlitten Schädelprellungen, Schürfwunden und Hämatome im Gesicht. Die vier Skinheads im Alter von 16 bis 19 Jahren stammen aus dem näheren Umkreis des Täters, der am 19. Dezember 2003 in Heidenheim/Baden-Württemberg drei russlanddeutsche Jugendliche mit Messerstichen getötet hatte.

Am 30. Januar kam es an einem Münchner U-Bahnhof zunächst zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen einem etwa 60-jährigen Mann und einer Deutschen. In der Annahme, dass er eine Türkin vor sich habe, äußerte sich der Täter der Frau gegenüber in ausländerfeindlicher Weise. Anschließend schlug er der Frau seinen Ellbogen ins Gesicht und flüchtete.

Am 21. März beleidigten drei Skinheads im Münchner Hauptbahnhof zwei italienische Staatsangehörige u.a. mit den Worten „Scheiß Ausländer, Scheiß Italiener“. Auch außerhalb des Bahnhofs wurden die Italiener von den Skinheads bedrängt. Einem der Italiener schütteten die Skinheads Bier ins Gesicht und ohrfeigten ihn.

Am 25. März griffen in Heroldsberg, Landkreis Erlangen-Höchstadt, drei 15-jährige Schüler einen Mitschüler aus Uganda an einer Bushaltestelle tätlich an. Ferner beschimpften sie den Schüler als „Nigger“ und forderten ihn auf, dahin zurückzukehren, wo er hergekommen sei.

Am 26. März schlugen in Nürnberg zwei 18- und 19-jährige Skinheads einen Deutschen nach einem Streitgespräch nieder, traten ihn mit Stiefeln und beschimpften ihn als „Kommunistenschwein“. Anschließend zwangen sie den Angegriffenen unter Androhung von Schlägen zur Herausgabe seines Handys. Als der Geschädigte sein Handy zurückforderte, schlugen die Skinheads weiter auf ihn ein. Das Opfer erlitt Prellungen im Rücken- und Brustbereich sowie Verletzungen im Gesicht.

Am 30. März wurden im Briefzentrum in Kempten (Allgäu) zwei Briefe an deutsche Firmen in Amberg und Sulzbach-Rosenberg aufgegeben. Der Brief nach Amberg enthielt ein weißes Pulver, was beim Öffnen entdeckt wurde. Als Absender war in beiden Fällen ein „M. Friedmann“ angegeben. Das Begleitschreiben enthielt den Text „Tief einatmen, nicht zum Arzt gehen, sterben und dabei an Sharon denken“. Beide Firmeninhaber wurden von den anonymen Absendern als Juden bezeichnet.

Am 10. April pöbelte in einer Gaststätte in Schwabach ein 18-jähriges Skin-Girl einen gleichaltrigen Bekannten an. Sie warf ihm vor, seit etwa zwei Jahren seine Freunde in Stich zu lassen und forderte von ihm Auskunft, ob er nun politisch „links“ oder „rechts“ eingestellt sei. Als der Angegriffene nicht reagierte und das Lokal verließ, schlug ihm die Frau mit der Faust ins Gesicht. Der Geschädigte erlitt eine Platzwunde und verlor kurz das Bewusstsein.

Am 8. Mai kam es am Münchner Ostbahnhof zu einer Schlägerei zwischen einem 24-jährigen Skinhead und einem 22-jährigen Franzosen senegalesischer Abstammung. Während der Schlägerei beschimpfte der Skinhead den Franzosen mit den Worten „Neger raus aus Deutschland“.

Auf dem Kirchweihfest in Herzogenaurach, Landkreis Erlangen-Höchstadt, beleidigte eine Gruppe Skinheads am 20. Mai zwei vermeintliche Angehörige der linken Szene. Eines der Opfer wurde geschubst, geohrfeigt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Der Rädelsführer forderte sein Opfer auf, einen Anstecker mit fünfzackigem Stern und „Anarcho-A“ sowie einen weiteren Anstecker mit der Aufschrift „Gegen Nazis“ zu zerstören. Erst nachdem der Angegriffene dieser Forderung nachkam, ließen die Täter von ihm ab.

1.9.3 Verurteilungen

Das Amtsgericht München verurteilte am 15. März zwei Neonazis wegen gefährlicher Körperverletzung zu Haftstrafen von drei Jahren und vier Monaten bzw. zwei Jahren und acht Monaten. Die Verurteilten hatten am 19. Juli 2003 in Unterschleißheim einen ehemaligen Angehörigen ihrer Szene aus persönlichen Gründen angegriffen und durch Stiefeltritte erheblich verletzt. Einer der Tatbeteiligten ist auch Beschuldigter im Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts gegen Angehörige der Kameradschaft Süd (vgl. auch Nummer 1.6).

1.10 Neonazismus

1.10.1 Kundgebung zum 1. Mai in Leipzig

An einer von dem Hamburger Neonazi Christian Worch am 1. Mai in Leipzig veranstalteten Demonstration unter dem Motto „Deutsch bleibt das Land - Für Volksgemeinschaft und Sozialstaat“ nahmen etwa 900 Personen teil. Neben Worch traten der Leiter der neonazistischen „Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft“ (BDVG) Lars Käßler und der ehemalige JN-Vorsitzende in Brandenburg Jens Pakleppa als Redner auf. Der ebenfalls angekündigte Schweizer Revisionist Bernhard Schaub wurde bereits beim Eintreffen am Bahnhof mit einem Rede- und Aufenthaltsverbot belegt und musste die Stadt umgehend verlassen. Käßler rief die Demonstranten zur Besinnung auf die wesentlichen Punkte „Heimat, Volk, Vaterland, Nation und Deutschland“ auf. Der Demonstrationzug wurde durch ein massives Polizeiaufgebot abgeschirmt. Die Polizei löste unter Androhung von Wasserwerfern und Räumgerät eine Sitzblockade von etwa 250 Gegendemonstranten der linken Szene auf.

Die Leipziger Parallelveranstaltung zur 1. Mai-Demonstration der NPD in Berlin ist als Zeichen dafür zu werten, dass ein Teil der deutschen Neonazi-Szene nach wie vor auf Distanz zur NPD geht und die ideologische und aktionistische Führungsrolle innerhalb des gesamten rechtsextremistischen Lagers beansprucht. An einer im Vorjahr von Worch zeitgleich durchgeführten Kundgebung in Halle hatten sich 1.200 Rechtsextremisten beteiligt.

1.10.2 Einigungsbestrebungen

Die im Internet veröffentlichte Mai-Ausgabe des NPD-Parteiorgans enthielt einen Aufruf des Neonazis Thomas Wulff zur Bündelung aller nationalen Kräfte. In einem Artikel mit der Überschrift „Volksfront von rechts schaffen“ stellte Wulff fest, der Kampf um Heimat und Volk sei in eine - für die gesamte nationale Opposition - interessante Phase getreten. Die sozialen Spannungen würden sich zusehends verschärfen, der Traum von Multikulti sei zum Alptraum von Stadtteilslums und Islamistenterror mutiert. In dieser Phase sei es notwendig, mit größtmöglicher Geschlossenheit aufzutreten, um in der kommenden Zeit die Funktion des Sammelbeckens der protestierenden Volksschichten übernehmen zu können. Aktuell erlebe man jedoch genau das Gegenteil, die rechte Szene sei von Gruppenegoismen und persönlichen Vorbehalten gekennzeichnet. Wulff rief daher die rechtsextremistischen Parteiorganisationen ebenso wie die freien Kameradschaften dazu auf, eine „Volksfront von rechts“ aufzubauen. In den Wahlkämpfen der kommenden Monate sollten alle Aktivisten dafür sorgen, dass die NPD als der „parteiliche Arm“ der Bewegung nach dem Scheitern der „Verbotsstrategen der etablierten Politmafia“ wieder gestärkt werde. Eine Distanzierung des nationalen Widerstands von der NPD führe letztlich nur dazu, dass dieser sich selbst schwäche.

Wulff ist nach wie vor einer der einflussreichsten unorganisierten Neonazis in Deutschland. Mitte der 90er Jahre veröffentlichte er das Konzept der „Freien Nationalisten“, das die Organisation der neonazistischen Szene in einem Geflecht weitgehend strukturloser Kameradschaften vorsah.

1.10.3 Neonazistische Vorfälle

Im ersten Halbjahr 2004 wurden in Bayern 528 sonstige neonazistische, antisemitische und rassistische Straftaten bekannt. Ihre Zahl hat sich damit gegenüber dem Ver-

gleichszeitraum des Vorjahrs, in dem 686 derartige Delikte registriert wurden, erneut verringert. Vielfach handelte es sich um Sachbeschädigung, Nötigung, Bedrohung, Volksverhetzung und insbesondere das Verbreiten von Propagandamitteln bzw. das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. So wurden Parolen wie „Heil Hitler“, „Sieg Heil“ und „Ausländer raus“ gerufen und antisemitische Pamphlete verbreitet. Anonyme Schmierschriften wurden vielfach in Verbindung mit Hakenkreuzen und SS-Runen angebracht

Beispiele für die im ersten Halbjahr 2004 verübten Straftaten sind auch folgende Vorfälle:

Zwischen dem 20. und 22. Februar wurden zwei Verkehrszeichen an einer Kreisstraße im Bereich der Gemeinde Pegnitz, Landkreis Bayreuth, mit den Worten „Achtung, Judenbande!“ und „Juden sind hier unerwünscht!“ beschmiert. Mitte März wurden an den inzwischen gereinigten Verkehrszeichen weitere Schmierschriften wie „Hängt den Juden Friedman“, „Keine Judenschweine“ und „Für Juden gesperrt“ festgestellt. Als Täter ermittelte die Polizei einen 45-jährigen Arbeitslosen, der bei seiner Vernehmung gestand, seit 2001 mehrere ähnliche antisemitische Schmierereien verübt zu haben.

Ende Februar drangen unbekannte Täter gewaltsam in das Einfamilienhaus eines bosnisch-herzegowinischen Staatsangehörigen in Landshut ein. Sie besprühten Wände und Einrichtungsgegenstände mit SS-Runen und Parolen wie „Heil Hitler“, „Der Führer lebt“, „Dreckspack“ und „Bald bist du dran“. Der Sachschaden betrug rund 150.000 €.

Unbekannte Täter brachten Anfang März in der Sparkasse Hohenstadt im Landkreis Nürnberger Land ein selbstgefertigtes Plakat mit folgender Aufschrift an:

„Steht auf wenn ihr Deutsche seid und haut den Lumpen, die uns regieren auf die Schnauze, ehe sie uns den Rest geben! Volk steh auf und Sturm brich los“.

In der Nacht zum 17. März wurde ein am Haupteingang der Bundesagentur für Arbeit in Roth angebrachtes Schild mit einem Hakenkreuz und der Parole „Arbeit macht frei!“ beschmiert.

Am 25. März ging der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern ein anonymes Schreiben mit folgendem Text zu:

„Scharon – der größte Verbrecher und Lügner den es auf der Welt gibt! Natürlich ein dreckiger Jude! Die ganze Welt schaut zu und der Hass wächst! Ihr gehört fast alle geschächtet.“

Mitte April wurden im Treppenaufgang eines Wohngebäudes in Tettau, Landkreis Kronach, ein Hakenkreuz und die Worte „Türken gehören ausgerottet“ geschmiert.

In Ludwigsstadt, Landkreis Kronach, wurde Ende April eine auf einem Parkplatz angebrachte Werbetafel mit den Worten „Odin über alles“ und „Judea und Islam verrecke, Deutschland den Deutschen“ beschmiert.

Unbekannte Täter beschmierten Mitte Mai den Betonsockel einer Brücke in Rieden, Landkreis Amberg-Sulzbach, mit an Galgen aufgehängten Davidsternen, Hakenkreuzen, SS-Runen und Parolen wie „Hoch lebe die SS“, „Führer befiehl, wir folgen“ und „Es gab keine KZ's, die haben die Juden gebaut“.

2. LINKSEXTREMISMUS

Der „Partei der Europäischen Linken“, einem Zusammenschluss auf europäischer Ebene, gehören neben der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) weitere 14 kommunistische und sozialistische Parteien an; die Neugründung wurde am 8. und 9. Mai in Rom vollzogen. Bei der Europawahl am 13. Juni erreichte die PDS 6,1 % der Wählerstimmen und entsendet in das Europaparlament nunmehr sieben Abgeordnete, unter ihnen auch das Mitglied des Parteivorstands und des Bundeskoordinierungsrats der Kommunistischen Plattform der PDS (KPF) Sahra Wagenknecht. Bei der am selben Tag durchgeführten Landtagswahl in Thüringen erzielte die Partei einen Stimmenanteil von 26,1 %. Der Landesparteitag des PDS Landesverbands Bayern beschloss in Nürnberg, künftig „lokale, antifaschistische Strukturen“ in Bayern gezielt zu unterstützen.

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) nahm erstmals wieder seit 1989 an der Wahl zum Europäischen Parlament teil und erreichte als Splitterpartei 0,1 % der Wählerstimmen.

Linksextremisten beteiligten sich an Protesten gegen die 40. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik. Ausschreitungen wurden durch polizeiliche Präsenz und entschlossenes Vorgehen der Einsatzkräfte weitgehend verhindert. Allerdings verübten militante Linksextremisten im Vorfeld sowie im Zusammenhang mit dem Versammlungsgeschehen die Hälfte der in Bayern verübten 16 Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund. Fünf weiteren Gewalttaten lag eine antifaschistische Motivation zugrunde.

2.1 Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)

2.1.1 Gründungsaufruf für eine Europäische Linkspartei

Am 10. und 11. Januar fand auf Einladung der PDS in Berlin ein Treffen einer Initiative zur Gründung einer „Partei der Europäischen Linken“ (EL) statt. An der Veranstaltung nahmen etwa 50 Vertreter von 19 Linksparteien aus 17 Ländern der Europäischen Union und der EU-Beitrittsländer teil. Ziel des Treffens war, einen gemeinsamen Gründungsaufruf zu verabschieden sowie Entwürfe von Programm und Statut zu erarbeiten.

In seiner Eröffnungsrede betonte der PDS-Vorsitzende Prof. Dr. Lothar Bisky, die PDS unterstütze den Vorschlag eines Zusammenschlusses der europäischen Linken, der mehr als ein loser Dachverband sein solle. Es sei sinnvoll und klug, vor der Europawahl im Prozess der Gründung weit voranzukommen, um sich in der Wahl auf neue Weise gegenseitig zu unterstützen. Die Zeit für eine solche Partei, für die es kein Vorbild und keine historische Vorgängerin gebe, sei reif. In dem vereinbarten Entwurf eines Programms heißt es, die Parteien und politischen Organisationen, die sich für kommunistische, sozialistische, demokratische, ökologische und feministische Ziele einsetzten, wollten ein neues politisches Subjekt in Form der „Partei der Europäischen Linken“ schaffen:

„Im Europa keimt neue Hoffnung auf. (...) Neuer, starker Widerstand gegen die kapitalistische Ausbeutung ist im Entstehen. Es ergeben sich neue Möglichkeiten, das Leben der Männer und Frauen zu verändern, die von den Katastrophen der kapitalistischen Globalisierungspolitik mehr und mehr betroffen sind. (...) Für uns ist Europa in der internationalen Politik ein Raum für das Wiedererstehen des Kampfs um eine andere Gesellschaft. (...) Für uns bestehen Rolle und Aufgabe der politischen Linken in Europa darin, einen Beitrag

zur Herstellung eines breiten sozialen und politischen Bündnisses für eine radikale Veränderung der Politik zu leisten, indem wir konkrete Alternativen und Vorschläge für diese notwendige Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft entwickeln.“

Auf dem Treffen wurde ein „Berliner Aufruf zur Gründung der Partei der Europäischen Linken“ verabschiedet, der nur von elf der anwesenden 19 Parteien unterzeichnet wurde - unter ihnen die PDS, die Französische Kommunistische Partei, die Partei der kommunistischen Wiedergründung (Italien), die Kommunistische Partei Österreichs, die Kommunistische Partei der Slowakei und die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens sowie das von der Kommunistischen Partei Spaniens dominierte Parteienbündnis „Vereinigte Linke“.

2.1.2 Europaparteitag

Die PDS veranstaltete am 31. Januar und 1. Februar in Berlin die 3. Tagung des 8. Parteitags, ihren so genannten „Europaparteitag“.

Auf den Spitzenplatz der Bundesliste der PDS zu den Wahlen zum Europäischen Parlament wurde von den Delegierten unumstritten die bisherige PDS-Europaabgeordnete Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann gewählt. Platz 2 nahm Dr. Helmuth Markov ein, der ebenfalls bereits dem Europaparlament angehörte. In einer Kampf- abstimmung um Platz 3 setzte sich die frühere Parteichefin Gabriele Zimmer gegen Sahra Wagenknecht, Mitglied des Parteivorstands und des Bundeskoordinierungsrats der Kommunistischen Plattform der PDS (KPF), relativ knapp durch. Sahra Wagenknecht wurde anschließend auf den Listenplatz 5 gewählt. Als Vertreter der PDS in Bayern kam Sepp Obermeier auf Platz 12 der EU-Wahlliste. Der PDS-Ehrenvorsitzende und bisherige Europaabgeordnete Dr. Hans Modrow war von der PDS-Partei- führung schon bei der am 12. Januar erfolgten Aufstellung einer acht Personen umfassenden Vorschlagsliste nicht mehr berücksichtigt worden.

Weiter verabschiedeten die Delegierten das Europawahlprogramm 2004 mit dem Titel „Alternativen sind machbar: Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa!“. In der Präambel des Wahlprogramms setzt sich die PDS auch mit der Europa- politik der Bundesregierung „kritisch auseinander“. Deren Bilanz sei „höchst zwie- spältig“. Einerseits habe sich die Bundesregierung für die Grundrechte-Charta und die europäische Verfassung engagiert. Während des Irak-Kriegs habe sie durch ihr gemeinsames Agieren mit Frankreich Ansehen gewonnen, sich allerdings den impe- rialen Machtambitionen der Bush-Administration nicht dauerhaft widersetzt. Anderer- seits habe sich die Bundesregierung mit ihrem massiven Drängen auf die Entwick- lung der Europäischen Union zu einer Militärmacht, ihrer jahrelangen Blockadepolitik im Hinblick auf fortschrittliche europäische Zuwanderungs- und Asylregelungen oder ihrer Vorreiterrolle bei der Privatisierung sozialer Sicherungssysteme und der skan- dalösen Umverteilung von unten nach oben jedoch ein „denkbar schlechtes europa- politisches Zeugnis“ ausgestellt.

Die PDS werde daher nicht nur im Europäischen Parlament für einen „Kurswechsel“ streiten. Sie werde im Bund, über die Länder und Kommunen, vor allem aber durch Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Bewegungen Druck von links auf die deutsche Europapolitik ausüben. „Wir wollen, dass Deutsch- land seiner großen Verantwortung für die Schaffung einer friedlichen und sozialen Europäischen Union endlich gerecht wird.“

2.1.3 Gründungskongress der Europäischen Linkspartei

Der Gründungskongress der „Partei der Europäischen Linken“ (EL) fand am 8. und 9. Mai in Rom statt. Unter den mehr als tausend Teilnehmern waren neben zahlreichen Gästen etwa 300 Delegierte von 16 kommunistischen und linkssozialistischen Parteien aus 13 europäischen Ländern; dazu gehörte auch die PDS, die zusammen mit der gastgebenden Partei der kommunistischen Wiedergründung Italiens (PRC) und der Französischen Kommunistischen Partei (FKP) zu den Initiatoren der EL zu zählen ist.

Die Delegierten wählten einen Vorstand und verabschiedeten ein Statut. Vorsitzender der EL wurde der italienische Kommunist Fausto Bertinotti, Vorsitzender der PRC. Die PDS entsendet entsprechend dem Statut wie alle anderen Mitgliedsorganisationen zwei Personen in den Vorstand. So werden Katina Schubert - Mitglied des Parteivorstands - und Helmut Scholz - PDS-Mitarbeiter und außenpolitischer Koordinator im PDS-Parteivorstand - dem Vorstand der EL angehören.

Durch die Annahme des Statuts gehören 15 Parteien der EL an; neben der PDS, der PCR und der FKP sind dies die kommunistischen Parteien Österreichs, San Marinos, Spaniens und der Slowakei, die von der KP Spaniens dominierte Vereinigte Linke Spaniens sowie die Vereinigte Linke Kataloniens, außerdem linkssozialistische Parteien aus Estland, Griechenland, Rumänien, Tschechien, Ungarn und der Schweiz.

2.1.4 Teilnahme an Wahlen

Die PDS kandidierte am 13. Juni bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, bei der Landtagswahl in Thüringen und jeweils flächendeckend bei den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie in ausgewählten Wahlkreisen in Baden-Württemberg (fünf Wahlkreise), Rheinland-Pfalz (zwei Wahlkreise) und im Saarland (drei Wahlkreise).

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament erhielt die PDS bundesweit 6,1 % der Wählerstimmen gegenüber 5,8 % bei den Europawahlen im Jahr 1999. Im neuen Europaparlament wird die PDS künftig mit sieben statt bisher sechs Abgeordneten vertreten sein. Neben den bisherigen Europaabgeordneten Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, Dr. Helmuth Markov, Dr. André Brie und Felekna Uca sind dies die frühere Parteivorsitzende Gabriele Zimmer, das Mitglied des Parteivorstands und des Bundeskoordinierungsrats der Kommunistischen Plattform der PDS Sahra Wagenknecht sowie der parteilose Politikwissenschaftler Tobias Pflüger. In Bayern erhöhte sich der PDS-Stimmenanteil von 0,7 % auf 0,9 %; insgesamt entfielen 32.290 Wählerstimmen auf die Landesliste.

1999 schloss sich die PDS nach ihrem erstmaligen Einzug in das Europäische Parlament der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke an; dieser Fraktion gehörten zuletzt 55 Abgeordnete aus 13 Ländern an. Nach der Europawahl 2004 umfasst die neue Fraktion EUL/NGL 39 Abgeordnete aus zwölf Ländern und 16 Mitgliedsparteien; die PDS ist dort mit sieben Abgeordneten die stärkste Mitgliedspartei.

Bei der ebenfalls am 13. Juni durchgeführten Landtagswahl in Thüringen erhielt die PDS 26,1 % der Zweitstimmen gegenüber 21,3 % bei der Landtagswahl 1999. Damit erreichte die PDS insgesamt 28 Mandate, darunter fünf Direktmandate (1999: 21 Mandate, aber kein Direktmandat), und blieb zweitstärkste politische Kraft im Land.

Bei den zeitgleich abgehaltenen Kommunalwahlen konnte die PDS im Saarland, in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz prozentuale Stimmenzuwächse verzeichnen; in Mecklenburg-Vorpommern musste sie hingegen Verluste hinnehmen. Bei den Kommunalwahlen in Thüringen am 27. Juni konnte die PDS mit 24,6 % der Stimmen deutlich zulegen; dies bedeutet gegenüber 1999 einen Zuwachs von 6,7 Prozentpunkten.

An der am 29. Februar durchgeführten Bürgerschaftswahl in Hamburg beteiligten sich keine Kandidaten der PDS.

2.1.5 Landesparteitag der PDS Bayern

Am 28. März fand in Nürnberg der Landesparteitag des PDS Landesverbands Bayern statt. An der Veranstaltung nahmen rund 50 Mitglieder und Sympathisanten der Partei teil. Im Hauptreferat zur „Europäischen Sozialpolitik“ wurden die Reformen der Bundesregierung im Bereich der Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitik kritisiert und weitgehend als unsozial abgelehnt. Ein Antrag des PDS-nahen Jugendverbands [‘solid] auf Anerkennung als „einzige Jugendstruktur“ des PDS Landesverbands Bayern wurde abgelehnt. Vor dem Hintergrund anhaltender „Aktivitäten der NPD“ fassten die Delegierten den Beschluss, künftig „lokale, antifaschistische Strukturen“ in Bayern gezielt zu unterstützen. Damit setzt die PDS ihre Taktik fort, Kontakte zu inländischen links-extremistischen und linksextremistisch beeinflussten Gruppierungen zu pflegen und mit ihnen - etwa im Bereich des Antifaschismus - zusammenzuarbeiten.

2.1.6 Politischer Aschermittwoch

Der PDS Landesverband Bayern veranstaltete am 25. Februar zwei Politische Aschermittwochtreffen, nämlich in Passau und Ingolstadt. Als Gastredner gewann die Landessprecherin der bayerischen PDS Eva Bulling-Schröter den Vorsitzenden der PDS-Landtagsfraktion in Thüringen, Bodo Ramelow, sowie den Vorsitzenden der Landtagsfraktion der PDS in Sachsen, Prof. Dr. Peter Porsch. Der ursprünglich angekündigte Hauptredner Dr. Gregor Gysi hatte seine Teilnahme abgesagt.

Ramelow, der in Ingolstadt vor rund 50 Mitgliedern und Sympathisanten der PDS auftrat, behandelte als Schwerpunkte seiner Rede die anhaltenden Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sowie die „soziale Frage“. So griff er insbesondere die angebliche Haltung von SPD-Ministerpräsidenten an, die die Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland nicht mehr energisch genug verfolgten. Hier zeige sich, wer noch immer alte Mauern in den Köpfen habe und neue aufbaue. Die soziale Frage stehe für die PDS im Mittelpunkt ihrer Politik.

Prof. Dr. Porsch sprach in Passau vor knapp 40 Anhängern. Der PDS-Funktionär griff insbesondere politische Themen wie die Einführung der Praxisgebühr, das Vorziehen der Steuerreform, eine mögliche Erhöhung der Mehrwertsteuer, die drohende Abschaffung von Feiertagen oder die geplante Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche auf und attackierte daran anknüpfend die Bundesregierung.

2.2 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die DKP beteiligte sich am 13. Juni erstmals seit 1989 an den Wahlen zum Europäischen Parlament und erreichte mit 37.160 Stimmen bundesweit einen Wähleranteil

von 0,1 %; davon wurden auf den Wahlvorschlag der Partei in Bayern 2.767 Wählerstimmen abgegeben. Am 10. Januar hatte die DKP auf einer Europawahlkonferenz in Berlin mit rund 200 Delegierten ihre Teilnahme an den Wahlen beschlossen. Ihren Wahlkampf stellte die Partei unter das Motto „Ein anderes Europa ist möglich!“ Hauptforderungen im Wahlkampf waren der Widerstand gegen den Ausbau der EU zur Militärmacht, die Erkämpfung besserer Zukunftsperspektiven für die Jugend, der Kampf gegen Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit, die Erneuerung von Demokratie und Sozialstaat sowie mehr „koordiniertes“ Handeln gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Der DKP-Vorsitzende Heinz Stehr betonte die Notwendigkeit einer eigenen Kandidatur der DKP damit, dass die PDS als stärkste Kraft der Linken ausschließlich auf das Eigenprofil bei Wahlen setze. Angesichts der von der PDS mitverantwortenden Regierungspolitik in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, ihrer Mithilfe beim Sozialabbau, ihrer widersprüchlichen Haltung zum EU-Verfassungsentwurf und ihrer ausgrenzenden Haltung gegenüber DKP-Mitgliedern sei es - anders als 1999 - für die Partei nicht möglich, zur Wahl der PDS aufzurufen.

Die DKP kandidierte außerdem bei den Kommunalwahlen am 13. Juni in Baden-Württemberg sowie im Saarland und erreichte teilweise beachtliche Einzelergebnisse. Im saarländischen Püttlingen steigerte sie beispielsweise ihren Stimmenanteil von 6,1 % auf 15,6 % und erlangte dort sechs Stadtratsmandate. In Heidenheim konnte die DKP ihr Stimmenergebnis von 3,8 % auf 5,7 % erhöhen und ist nunmehr mit zwei Mitgliedern im Stadtrat vertreten. Von der DKP unterstützte Bündnisse konnten in Tübingen vier, in Freiburg drei Mandate und in Mannheim ein Mandat erringen. In Idar-Oberstein gelang zwei DKP-Mitgliedern der Wiedereinzug in den Stadtrat hingegen nicht.

2.3 **Proteste gegen die 40. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik**

Am 6./7. Februar fand in München die 40. Konferenz für Sicherheitspolitik statt, an der etwa 200 hochrangige Regierungs- und Militärvertreter sowie Rüstungsexperten - überwiegend aus den NATO-Staaten - teilnahmen. An mehreren Protestaktionen gegen die Sicherheitskonferenz beteiligten sich neben Demonstranten aus dem demokratischen Spektrum auch zahlreiche Linksextremisten. Die Teilnehmerzahlen an den Protesten - im Vorjahr waren bis zu 14.000 Teilnehmer gezählt worden - blieben insgesamt hinter den Erwartungen der im Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz vereinten Gruppierungen zurück.

Am 6. Februar beteiligten sich etwa 900 Personen an den Protesten. Die Polizei verhinderte hierbei zwei versuchte Blockadeaktionen durch rund 30 Akteure. Eine von dem Linksextremisten und maßgeblichen Aktivisten des Aktionsbündnisses Claus Schreer angemeldete Menschenkette kam aufgrund mangelnder Beteiligung nicht in dem beabsichtigten Umfang zustande.

Höhepunkt der Proteste war eine „Internationale Großdemonstration“ am 7. Februar. Dazu versammelten sich etwa 5.000 Personen, darunter 300 bis 400 militante Autonome aus dem ganzen Bundesgebiet, die einen „Schwarzen Block“ an der Spitze des Demonstrationzugs bildeten. Ausschreitungen konnten durch massive polizeiliche Präsenz und entschlossenes Vorgehen der Einsatzkräfte weitgehend verhindert werden.

Im Verlauf beider Protesttage kam es zu insgesamt 259 freiheitsentziehenden bzw. freiheitsbeschränkenden Maßnahmen. Hintergrund waren überwiegend Verstöße

gegen das Versammlungsgesetz, aber auch Körperverletzungsdelikte, Widerstandshandlungen, versuchte Gefangenenbefreiung, Beleidigungen sowie das Verwenden verfassungsfeindlicher bzw. den Staat verunglimpfender Symbole.

2.4 Ostermärsche

Die traditionellen Ostermärsche fanden in der Zeit vom 10. bis 12. April statt. Dabei wurde wie im Vorjahr der „Irak-Krieg“ vorrangig thematisiert; auch die angebliche „soziale Ungerechtigkeit“ der Reformmaßnahmen der „Agenda 2010“ wurde aufgegriffen. Deutschlandweit kam es zu 63 Veranstaltungen in 25 Städten, an denen sich insgesamt fast 20.000 Personen beteiligten. Die größten Teilnehmerzahlen gab es in Berlin, Hamburg, Nürnberg und Frankfurt am Main.

In Bayern fanden elf Ostermarsch-Demonstrationen mit zusammen rund 2.300 Teilnehmern statt. Die größte Ostermarsch-Veranstaltung in Bayern führte am 12. April das Nürnberger Friedensforum durch. Bei der Kundgebung vor der Nürnberger Lorenzkirche und dem von der „Friedensinitiative“ durchgeführten Aufzug vom Kopernikusplatz bis zur Lorenzkirche fanden sich insgesamt nahezu 1.000 Demonstranten zusammen, darunter neben Teilnehmern aus dem demokratischen Spektrum auch Mitglieder bzw. Anhänger der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) und der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS).

Am 10. April lud das Münchner Friedensbündnis zu einer Kundgebung in München auf dem Marienplatz und einem zeitgleichen Aufzug vom Orleansplatz zum Marienplatz. An der gemeinsamen Schlusskundgebung nahmen bis zu 500 Personen teil, darunter auch Mitglieder und Sympathisanten der DKP, MLPD, PDS, des Bündnisses München gegen Krieg, der linksextremistisch beeinflussten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) sowie Anhänger des globalisierungskritischen Netzwerks ATTAC.

2.5 Autonome

Ziel der Autonomen ist die gewaltsame Zerschlagung des Staates und die Errichtung einer ihrer Ideologie entsprechenden „herrschaftsfreien Gesellschaft“. Sie versuchen diesen Zielen über eine Reihe von Aktionsthemen näher zu kommen. Dabei nutzen sie aktuelle politische Themen für ihre Zwecke.

Autonome beteiligten sich in Bayern im ersten Halbjahr 2004 insbesondere an Protesten gegen die 40. Münchner Sicherheitskonferenz (vgl. auch Nummer 2.3), den Veranstaltungen zum 1. Mai und an Aktionen gegen tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten. Durch ihre Teilnahme an Aktionen, die auch bei demokratischen Gruppen Zustimmung finden, versprechen sich Autonome mehr Akzeptanz in Teilen der Bevölkerung. Autonome sehen besonders im Schüler- und Studentenbereich ein großes Mobilisierungs- und Rekrutierungspotenzial für eigene Ziele.

Größte Aktion für Autonome war auch in diesem Jahr die vom 6. bis 8. Februar durchgeführte 40. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik. Die Gegenkundgebungen waren maßgeblich vom Bündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz organisiert worden. Als Bindeglied zum autonomen Spektrum fungierte das Aktionsbündnis Conaction. Nur durch einen massiven Polizeieinsatz konnte der ungestörte Verlauf der Konferenz

sichergestellt werden. Am 4. Februar, wenige Tage vor der Konferenz, hatten unbekannte Täter versucht, auf dem Gelände einer Münchner Niederlassung eines Automobilkonzerns zwei Fahrzeuge mit zeitverzögerten Brandsätzen zu zerstören. Die Brandsätze konnten rechtzeitig entdeckt werden. In einem Selbstbeziehungsschreiben, das in der Berliner Szene-Publikation „INTERIM“ Nummer 589 vom 27. Februar abgedruckt war, wird der versuchte Anschlag u.a. mit der Beteiligung des Industriekonzerns an Rüstungsprojekten, der in München stattfindenden „NATO-Kriegskonferenz“ sowie der EU-Militärpolitik begründet. Das Selbstbeziehungsschreiben endet mit den Parolen:

*„No pasaran - die Kriegsplaner duerfen nicht durchkommen!!!
 Blockiert und sabotiert die Kriegskonferenz in Muenchen!!!
 Antikapitalismus globalisieren!!!
 Gegen die Kriegspolitik der Nato, EU, USA und allen anderen
 Schweinehunden!!!“*

Das Thema Globalisierung hat im Bereich gewaltbereiter Linksextremisten weiterhin Bedeutung. Die Beteiligung deutscher Extremisten an Aktionen im Ausland war jedoch deutlich geringer als in den Vorjahren. So kam es zu mehreren Protestveranstaltungen gegen das Weltwirtschaftsforum, das vom 21. bis 25. Januar in Davos/Schweiz stattfand. Diese waren teilweise von gewalttätigen Ausschreitungen begleitet. Bereits zwei Wochen vor der Konferenz randalierten in Winterthur/Schweiz unter dem Motto „Reclaim the world - Crack the WEF“ Globalisierungsgegner und verursachten einen Sachschaden von rund 100.000 Franken. Durch den Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas konnte die Polizei noch größeren Schaden verhindern. Sie nahm ferner 14 Personen fest, darunter auch zwei deutsche Staatsangehörige. Insbesondere in der Zeit vom 21. bis 24. Januar fanden neben Autobahnblockaden mehrere Protestkundgebungen u.a. in Chur/Schweiz statt. In Chur beschädigten rund 200 Angehörige eines Schwarzen Blocks Bankgebäude. Bei Blockadeaktionen auf Gleisanlagen wurde eine Zugeinheit derart beschädigt, dass sie nicht mehr fahrbereit war. Bei diesen Gewalttaten entstand ein Sachschaden von mehreren hunderttausend Franken. Bedingt durch den massiven Polizeieinsatz konnten die gewaltbereiten Linksextremisten jedoch ihr Ziel, die Konferenz in Davos nachhaltig zu stören, nicht erreichen. Die Schweizer Grenzbehörden wiesen zwölf aus Deutschland anreisende Störer bereits beim Versuch der Einreise zurück.

Die Zahl der Gewalttaten von Linksextremisten in Bayern ist im Vergleich zum Vorjahr von 13 auf 16 angestiegen. Diese Gewalttaten stehen überwiegend im Zusammenhang mit Gegenveranstaltungen zur 40. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik sowie mit Aktionen gegen politische Gegner.

2.5.1 Teilnahme von Autonomen an Kundgebungen zum 1.Mai

Im Gegensatz zum weitgehend störungsfreien „revolutionären 1. Mai“ in Bayern waren die Veranstaltungen in Berlin wie erwartet wieder von schweren Gewaltausbrüchen begleitet. Der Polizei gelang es allerdings, durch ein angepasstes Einsatzkonzept mit rund 8.800 eingesetzten Beamten Zerstörungen und Sachbeschädigungen in der Dimension der Vorjahre zu verhindern. Die Auseinandersetzungen begannen bereits am 30. April und eskalierten am Abend des 1. Mai. Die Einsatzkräfte wurden wiederholt mit Steinen und Flaschen attackiert sowie mit Signalmunition beschossen. Insgesamt wurden 250 Polizeibeamte (2003: 204) verletzt. Autonome Gewalttäter setzten u.a. Müllcontainer und ein Auto in Brand und blockierten Straßen. Einen Schwerpunkt für die autonome Szene bildete die so genannte 16.00-Uhr-Demo, an der sich unter dem Motto „Unsere Agenda

heißt Widerstand - Zusammen kämpfen gegen Sozialterror und imperialistisches Morde“ etwa 2.400 überwiegend der gewaltbereiten autonomen Szene zuzurechnende Personen beteiligten.

In Bayern konzentrierten sich gewaltbereite Linksextremisten auf die „Revolutionäre 1. Mai-Veranstaltung“ in Nürnberg. Die von der „Initiative Neue ArbeiterInnenbewegung“ angemeldete Demonstration mit anschließendem internationalem Straßenfest verlief bei einer Beteiligung von rund 900 Personen weitgehend friedlich. Am Rande des internationalen Straßenfestes wurden leere Flaschen gegen die eingesetzten Polizeibeamten geworfen. Die Polizeibeamten konnten den Wüfeln ausweichen. Als Tatverdächtiger wurde ein 20-jähriger Punk ermittelt.

2.5.2 Antifaschismus

Dauerthema für gewaltbereite Linksextremisten bleibt der Antifaschismus. Bundesweit gibt es nach wie vor zahlreiche gewaltsame Übergriffe gegen tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten. Gegenkundgebungen gegen rechtsextremistische Auftritte werden dabei häufig von gewaltbereiten Linksextremisten als Forum auch für Gewalttaten genutzt. Daneben sind die entsprechenden Veranstaltungen nicht gewaltorientierter Gruppen auch ein willkommener Anlass für den Versuch der Autonomen, hier Mitstreiter für die eigenen extremistischen Ziele, nämlich den Kampf gegen den Staat und seine Institutionen, zu gewinnen. Bei einer Reihe von Gegenkundgebungen zu rechtsextremistischen Veranstaltungen konnte die Polizei im ersten Halbjahr bundesweit durch teilweise massive Präsenz Übergriffe und Ausschreitungen unterbinden.

Am 13. Februar demonstrierten in München rund 200 Personen, darunter Autonome, gegen eine vom Rechtsextremisten Roland Wuttke organisierte Mahnwache zum Thema „Gedenken an Bombenterror in Dresden“. Die Polizei nahm insgesamt sechs Personen fest (vgl. auch Nummer 1.5).

Auch im Rahmen des Wahlkampfes zur Wahl des Europäischen Parlaments am 13. Juni stürten gewaltbereite Linksextremisten mehrfach Kundgebungen der NPD. Am 17. April griffen etwa 20 Personen eine Wahlveranstaltung in einer Gaststätte in Landshut an, bei der auch der EU-Kandidat und langjährige Parteivorsitzende der NPD, Günter Deckert, anwesend war.

Am 5. Juni beteiligten sich Angehörige der regionalen linksextremistischen Szene an Protesten gegen eine NPD-Kundgebung in Neustadt a. d. Aisch. An dieser Veranstaltung nahm der NPD-Spitzenkandidat für die Europawahl und Parteivorsitzende Udo Voigt als Hauptredner teil. In München stürten am 7. Juni Autonome einen NPD-Info-Stand. Im Anschluss daran protestierten etwa 30 zum Teil verummte Autonome gegen eine Saalveranstaltung der NPD in einer Münchner Gaststätte, indem sie gegen die Scheiben schlugen und Parolen skandierten. Im Rahmen der Veranstaltung sollte der NPD-Vorsitzende Voigt sprechen.

Darüber hinaus wurden bundesweit mehrere zum Teil schwere Anschläge gegen tatsächliche und vermeintliche Rechtsextremisten bekannt. So verübten am 29. März unbekannte Täter einen Brandanschlag auf das Fahrzeug des Hamburger Neonazis Christian Worch. Bereits am 27. Januar und 4. März waren Brandanschläge auf die Fahrzeuge der Rechtsextremisten Jürgen Rieger und Thomas Wulf verübt worden. Beide waren als Redner auf einer gegen die Wehrmachtausstellung gerichteten Demonstration am 31. Januar in Hamburg aufgetreten.

Auch die NPD-Geschäftsstelle in Berlin war bereits mehrfach das Ziel von Übergriffen. So verübten am 20. April unbekannte Täter einen Brandanschlag auf einen unmittelbar vor der Geschäftsstelle auf dem Gehweg abgestellten Pkw. An der Hausfassade entstand erheblicher Sachschaden.

Zwischen dem 8. und 11. April verwüsteten unbekannte Täter mehrere Büroräume in der Zentrale des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Bonn. Sie entleerten Karteikästen, rissen Waschbecken von den Wänden und öffneten Wasserhähne. Der Sachschaden wird auf etwa 100.000 Euro geschätzt. In einem Selbstbeichtigungsschreiben, das im autonomen Szene-Blatt „INTERIM“ Nummer 593 vom 22. April abgedruckt war, hieß es hierzu:

„Wenn am 1. Mai Polen und Tschechien neben anderen Ländern Ost- und Südosteuropas der EU beitreten, sitzen die Geier auf den Bäumen. Denn die EU-Osterweiterung weckt bei verschiedenen Interessengruppen in Deutschland Begehrlichkeiten. (...) Bei ostelbischen Junkern, Schlesiern, Ostpreußen, Sudetendeutschen und anderen ‚Volksdeutschen‘ ist die Gier erwacht, frühere, nach dem Zweiten Weltkrieg verlorene Besitztümer zurück zu erhalten. (...) Kurz gesagt, es gibt viele Gründe diesen Herrschaften entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen und uns mit den polnischen Nachbarinnen und Nachbarn zu solidarisieren. Wir haben deshalb über Ostern die Zentrale des BdV in Bonn besucht, unter Wasser gesetzt und interessante Dokumente mitgenommen. (...) Antifa heißt Wasserschäden.“

2.5.3 Militanzdebatte

Die seit Jahren im Bereich der gewaltbereiten Autonomen stattfindende Diskussion über die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele dauert an. Die bisher im autonomen Spektrum weitgehend vorherrschende Trennung zwischen der dort akzeptierten Gewalt gegen Sachen und der außerhalb der antifaschistisch orientierten Gruppen eher abgelehnten Gewalt gegen Personen soll überwunden werden. Ebenso sollen effektive Strukturen geschaffen werden, die den militanten Kampf gegen den Staat führen sollen. Hauptdiskussionsforum ist das autonome Szene-Blatt „INTERIM“ aus Berlin. Initiator dieser Debatte ist die im Raum Berlin auch mit Anschlägen operierende militante Gruppe (mg). Ihre Thesenpapiere werden häufig von Anschlägen begleitet. So übernahm die mg in einem Selbstbeichtigungsschreiben, das am 31. März bei einem Berliner Presseverlag einging, die Verantwortung für einen in den frühen Morgenstunden des 30. März verübten Brandanschlag in Berlin. Ziel war ein gemeinsam vom dortigen Bezirksamt und dem Arbeitsamt Berlin Nord genutztes Gebäude. Die Verfasser stellten ihren Anschlag in Zusammenhang mit dem „Mobilisierungsprozess“ zu den „Europäischen Aktionstagen gegen Sozialkahltschlag“ am 2./3. April. Außerdem sei der Anschlag ein weiterer Schritt in Richtung des Aufbaus einer „militanten Plattform“. Die Verfasser erklären, sie hätten durch verschiedene Anschläge, u.a. auf Einrichtungen der „Sozialtechnokratie“ versucht, das „militante Profil“ innerhalb der revolutionären Linken zu schärfen. Ausdrücklich erwähnen die Autoren die Brandanschläge auf das Sozialamt Berlin-Reinickendorf am 5. Februar 2002 (verbunden mit der Versendung einer scharfen Patrone und eines Messers an den zuständigen Sozialstadtrat), das Finanzamt Berlin Neukölln am 1. Januar 2003, auf Transportfahrzeuge eines Entsorgungsunternehmens am 30. Oktober 2003 und das Gebäude des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) am 1. Januar 2004. Im Hinblick auf die Militanzdebatte heißt es:

„Wir und andere Gruppen sehen dieses Plattformprojekt als einen wichtigen Baustein der Strukturierung und Organisation des militanten und potentiell

bewaffneten Widerstands in der BRD an. Der Aufbau einer militanten Plattform ist für uns sowohl eine Voraussetzung als auch ein Ausgangspunkt einer Fundierung und (Neu)orientierung revolutionärer Politik, die den organisierten Klassenkampf von unten nicht nur auf geduldiges Papier niederschreibt, sondern mit den verfügbaren Mitteln in die Tat umsetzt.“

Nach knapp fünfjähriger Pause wurde Anfang April eine neue Ausgabe (Nummer 157) der konspirativ hergestellten und verbreiteten Untergrundzeitschrift „radikal“ bekannt. Sie enthält hauptsächlich ausführliche Anleitungen zum Bau von Brandsätzen und elektronischen Zeitzündern. Im Vorwort betonen die Verfasser, das Bedürfnis, militant zu handeln, sei weiter verbreitet als allgemein angenommen. Dies zeigten die letzten Monate. Allerdings sei es dabei immer wieder zu technisch bedingten Fehlern gekommen. Die aus den USA stammenden Anleitungen seien daher so überarbeitet worden, dass sie hiesigen Bedingungen besser entsprechen würden. Das betreffe beispielsweise das benötigte „Bastelmaterial“, aber auch einige Vorsichtsmaßnahmen. Militanz, so bekräftigen die Autoren, sei grundsätzlich ein legitimes Mittel der politischen Aktion.

Den Hauptteil des Druckwerks bildet eine Übersetzung des im Mai 2001 erschienenen englischen Textes „Vom Feuerlegen mit elektronischen Zeitzündern“ der „Earth Liberation Front“. Die Kapitel behandeln u.a. Regeln der Brandstiftung, Platzierung von Brandsätzen, Brennstoffanforderungen für Gebäude und Tipps zur Konstruktion von elektrischen Zeitgebern.

2.6 Strafverfahren

Am 22. April begann vor dem Oberlandesgericht Stuttgart die Hauptverhandlung gegen das ehemalige mutmaßliche RAF-Mitglied Andrea Klump wegen versuchten Mordes in 33 Fällen und vorsätzlichen Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion. Der Angeklagten wird Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag am 23. Dezember 1991 in Ungarn vorgeworfen. Bei ihrer Festnahme am 15. September 1999 in Wien kam es zu einer Schießerei, bei der das frühere RAF-Mitglied Horst Ludwig Meyer getötet wurde. Derzeit verbüßt Klump eine neunjährige Freiheitsstrafe wegen Beteiligung an einem fehlgeschlagenen Sprengstoffanschlag auf einen NATO-Militärstützpunkt in Rota/Spanien am 17. Juni 1988.

Am 18. März verurteilte das Berliner Kammergericht fünf Mitglieder der ehemaligen terroristischen Vereinigung Revolutionäre Zellen (RZ) wegen Herbeiführung von zwei Sprengstoffexplosionen und Rädelsführerschaft bzw. Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung. Matthias Borgmann wurde zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und drei Monaten, Sabine Eckle und Rudolf Schindler zu Freiheitsstrafen von je drei Jahren und neun Monaten verurteilt. Zwei weitere Mitangeklagte erhielten Haftstrafen von zwei Jahren und zehn Monaten bzw. zwei Jahren und neun Monaten. Bei den Sprengstoffanschlägen, die den Verurteilten zur Last gelegt wurden, handelt es sich um den Anschlag auf die Zentralstelle für Asylbewerber in Berlin im Jahr 1987 sowie um den Anschlag auf die Siegestsäule im Jahr 1991.

2.7 Linksextremistische Gewalt- und Straftaten

Linksextremisten verübten im Berichtszeitraum nach derzeitigem Erkenntnisstand insgesamt 16 Gewalttaten gegenüber 13 im Vergleichszeitraum des Vorjahrs. Auch

die Zahl sonstiger linksextremistisch motivierter Straftaten wie Propagandadelikte und Sachbeschädigungen ist im Berichtszeitraum leicht angestiegen. Insgesamt wurden neben den Gewalttaten 75 (Vorjahr: 70) weitere linksextremistisch motivierte Straftaten erfasst. Acht der 16 Gewalttaten, darunter die versuchte schwere Brandstiftung auf zwei Fahrzeuge vor einer Münchner Niederlassung eines Industriekonzerns, wurden im Zusammenhang mit der 40. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik begangen. Im Wesentlichen handelte es sich dabei um mehrere Widerstandshandlungen von Versammlungsteilnehmern gegen Vollstreckungsbeamte im Rahmen des Versammlungsgeschehens sowie um versuchte Körperverletzungsdelikte durch Werfen von Feuerwerkskörpern und einer Glasflasche auf Polizeibeamte. Fünf Gewalttaten richteten sich gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten. Auch diese Delikte stehen überwiegend im Zusammenhang mit Gegendemonstrationen zu rechtsextremistischen Veranstaltungen.

Neben den im Zusammenhang mit der 40. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik verübten Gewalttaten wurden u.a. folgende Delikte erfasst:

Am 13. März warf ein Gegendemonstrant bei einer Gedenkkundgebung der NPD aus Anlass des Jahrestags der Bombardierung Würzburgs im Zweiten Weltkrieg einen faustgroßen Stein in Richtung der NPD-Kundgebungsteilnehmer. Anschließend verummte sich der Täter mit einer schwarzen Sturmhaube. Er konnte festgenommen werden.

Am 20. März rief eine Teilnehmerin einer Protestkundgebung gegen einen NPD-Aufzug in München die Mitdemonstranten dazu auf, eine Polizeiabsperrung zu durchbrechen. Etwa 30 Personen kamen dieser Aufforderung nach. Die Polizei konnte den Großteil der Störer zurückdrängen und leitete gegen die Anstifterin ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs ein. Gegen zwei weitere Tatverdächtige leitete die Polizei Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung, Nötigung und anderer Straftaten ein.

3. EXTREMISTISCHE UND SICHERHEITSGEFÄHRDENDE BESTREBUNGEN VON AUSLÄNDERN

Der islamische Extremismus, insbesondere die arabischen Mudjahidin mit der Organisation al-Qaida und andere Terrornetzwerke, stellen weiterhin die akuteste Bedrohung der Inneren Sicherheit dar. Trotz der Festnahme und des Todes hochkarätiger al-Qaida-Funktionäre sind die islamistischen Terrornetzwerke nach wie vor handlungs- und aktionsfähig. Die Sprengstoffanschläge am 11. März in Madrid mit 191 Todesopfern und rund 1.500 verletzten Personen zeigen, dass sogar in Europa mit schwersten Terroranschlägen islamischer Extremisten gerechnet werden muss. Primär gefährdet sind wie bisher US-Einrichtungen sowie israelische und jüdische Einrichtungen auch in Deutschland. Ebenso können öffentlichkeitswirksame und symbolträchtige Anschläge auf andere Einrichtungen in Deutschland nicht ausgeschlossen werden. Gleiches gilt für deutsche Präsenz in den entsprechenden Regionen. Die in Deutschland durchgeführten Exekutivmaßnahmen und Gerichtsverfahren, beispielsweise vor dem Kammergericht in Berlin gegen einen tunesischen Staatsangehörigen wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung, und das al-Tauhid-Verfahren vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf zeigen, dass Deutschland auch Aktionsraum islamisch-terroristischer Netzwerke ist, und dass hier ebenfalls Unterstützer zu suchen und zu finden sind.

Die islamisch-extremistische IGMG bietet fundamentalistischen Islam-Gläubigen eine politische und religiöse Heimat, ist aber gleichzeitig in immer stärkerem Maße bemüht, ihre Kontakte zu der türkischen Regierungspartei AKP zu verbessern. Gleichzeitig versucht sie, die Verbindungen zur türkisch-islamistischen Saadet Partisi (SP) in der Öffentlichkeit herunterzuspielen, ohne dabei aber einen Bruch mit dem Führer der Milli Görüs-Bewegung und Vorsitzenden der SP, Professor Necmettin Erbakan, zu provozieren. Die türkischsprachige Tageszeitung „Milli Gazete“ übt nach wie vor eine maßgebliche Sprachrohrfunktion für die IGMG aus, wenngleich dies von der IGMG immer wieder bestritten wird.

Mit Urteil vom 26. Mai hat das Oberverwaltungsgericht Münster die Klage des früheren Vorsitzenden des Kalifatsstaats, Metin Kaplan, wegen Gewährung von Abschiebeschutz in zweiter Instanz abgewiesen. Eine Abschiebung von Kaplan konnte bislang jedoch aus verfahrensrechtlichen Gründen nicht erfolgen.

Die Klage der Hizb ut-Tahrir gegen das seit 15. Januar 2003 verhängte Betätigungsverbot wurde vom Bundesverwaltungsgericht am 21. Januar für zulässig erklärt; eine Entscheidung über das Betätigungsverbot ist noch nicht ergangen.

Die Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD), die als deutsche Zentrale der Muslimbruderschaft (MB) gilt, versucht derzeit ihre Vereinsstruktur zu ändern. So sollen die bisher der IGD nachgeordneten „Islamischen Zentren“ eigenständige Vereine werden, um auf diesem Weg selbständig den Status der Gemeinnützigkeit zu erlangen, der dem Verband im Jahr 1999 aberkannt wurde.

Der Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL), ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK) bzw. Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), hat in Deutschland bisher an seinem Gewaltverzicht festgehalten. Für die Türkei haben die Volksverteidigungseinheiten (HPG) des KONGRA GEL den „einseitigen Waffenstillstand“ aufgekündigt. Die Organisationsstruktur und Mobilisierungsfähigkeit des KONGRA GEL zu Groß-

veranstaltungen mit mehreren zehntausend Anhängern ist nach wie vor intakt. Insbesondere die erneuten Drohungen mit Gewalt und die Verwicklung der HPG-Guerillaeinheiten in Kämpfe mit türkischen Sicherheitskräften geben Anlass zur Sorge.

Die in Deutschland aktiven türkischen linksextremistischen Gruppierungen agitierten gegen die angeblich imperialistische Zielrichtung der NATO und insbesondere gegen das NATO-Gipfeltreffen vom 28. bis 29. Juni in der Türkei. Dort war diese Tagung von mehreren Sprengstoffanschlägen überschattet, die türkischen linksextremistischen Gruppierungen zuzurechnen sind.

Ein ausländischer Extremist verübte in Bayern im ersten Halbjahr 2004 zwei Gewaltdelikte im Zusammenhang mit den Protesten gegen die 40. Konferenz für Sicherheitspolitik in München am 6./7. Februar. Der verummte Täter griff als Teilnehmer einer Gegenkundgebung mit einer Fahnenstange einen Polizeibeamten an. Bei seiner Festnahme leistete er erheblichen Widerstand; in der Haftanstalt des Polizeipräsidiums München randalierte er und verletzte dabei einen Polizeibeamten an der Hand. Im ersten Halbjahr 2003 wurde eine ausländerextremistisch motivierte Gewalttat registriert.

3.1 Islamistischer Terror

3.1.1 Terrornetzwerk um al-Qaida

3.1.1.1 Überblick

Das Terrornetzwerk um al-Qaida stellt einen weltweiten Verbund aus unabhängig voneinander operierenden Organisationen und Zellen dar, in denen bei gemeinsamer Zielrichtung unterschiedliche Organisationsformen und Vorgehensweisen festzustellen sind. Al-Qaida selbst hat ihre Wurzeln in den arabischen Mudjahidin, die an Kämpfen in Tschetschenien und Afghanistan teilgenommen haben bzw. diese unterstützt haben. Sie wurden in islamistischen Trainingslagern ideologisch wie auch militärisch für den bewaffneten Dihad geschult. Maßgeblicher Drahtzieher und Unterstützer der arabischen Mudjahidin ist der weiterhin im Untergrund lebende Usama Bin Ladin. Seine charismatische Persönlichkeit und die Ideologie der al-Qaida, wonach es Pflicht der Muslime ist, die Ungläubigen in der Welt im bewaffneten Kampf zu besiegen, wenn sie sich nicht dem Islam anschließen, sind Vorbild und Bindeglied weltweit autark operierender Gruppierungen und Zellen. Diese unabhängigen und lose vernetzten Zellen von Attentätern bedürfen nicht des zentralen Kommandos und bekommen den „Segen“ von Bin Ladin für ihre Anschläge zum Teil erst im Nachhinein. Deutliches Beispiel hierfür sind die schweren Bombenanschläge vom 11. März in Madrid, bei denen 191 Menschen getötet wurden und über 1.500 zum Teil schwerste Verletzungen erlitten. Hier war eine überwiegend aus Marokko stammende Tätergruppe verantwortlich, die nur lose Verbindungen zur al-Qaida hatte und den so genannten non-aligned-Mudjahidin zuzurechnen ist. Der Anschlag wurde aber auch von al-Qaida als Teil des gemeinsamen Kampfs gegen die westliche Welt bezeichnet.

Auch deutsche Präsenz im Ausland, insbesondere in der arabischen Region und in Afghanistan, ist einer erheblichen Bedrohung ausgesetzt. So ermordeten bisher unbekannte Täter am 22. Mai einen deutschen Staatsangehörigen in Riad/Saudi-Arabien. In Afghanistan ist die internationale Schutztruppe auch weiterhin erheblich gefährdet. Bei einem Anschlag auf einen Konvoi deutscher Militärfahrzeuge im nordafghanischen Kundus wurden vier Zivilisten durch eine ferngezündete Bombe getötet; deutsche Soldaten wurden nicht verletzt.

Strategische Ziele der al-Qaida sind die „Befreiung der heiligen Stätten des Islam“, das heißt Abzug der amerikanischen Präsenz und des US-Militärs aus Saudi-Arabien und der arabischen Welt, sowie der Kampf gegen Israel, den „kleinen Satan“. Langfristig soll die internationale Ordnung insgesamt und deren Träger, insbesondere die USA, destabilisiert und zerschlagen werden und durch ein auf die Sharia gestütztes Regime ersetzt werden. Trotz intensiver Bemühungen konnten die Sicherheitsbehörden die al-Qaida weltweit nicht entscheidend schwächen. Zwar wurden in letzter Zeit wiederholt al-Qaida-Funktionäre oder Rädelsführer anderer Netzwerkgruppierungen festgenommen bzw. bei Fahndungsaktionen der Sicherheitskräfte getötet. Allerdings ist es sowohl al-Qaida als auch anderen Terrororganisationen bisher immer wieder gelungen, wichtige Funktionäre zu ersetzen.

Neue Glaubenskämpfer werden insbesondere in Lagern in den Grenzregionen Afghanistans, Tschetscheniens, Kaschmirs und Indonesiens geschult. Nach wie vor ziehen dorthin islamistische Freiwillige, darunter auch militant gesonnene Islamisten aus Deutschland. Seit der militärischen Intervention der USA im Irak muss die dortige Region neben den westlichen Staaten als eines der „Hauptkampfgebiete“ betrachtet werden. Dies belegen zahlreiche Reisetätigkeiten und Schleusungen von Glaubenskämpfern.

3.1.1.2 Islamistisch motivierte Terroraktionen

Am 11. März explodierten in vier Madrider Pendlerzügen mehrere in Rucksäcken deponierte Sprengsätze, die insgesamt 191 Todesopfer und über 1.500 Verletzte forderten. Während bei früheren Attentaten des al-Qaida-Netzwerks stets Ziele mit westlichem oder jüdischem Symbolcharakter angegriffen wurden, verfolgten die Attentäter diesmal offenbar ausschließlich das Ziel, möglichst viele Opfer zu treffen. Bereits am Tag konnte ein gestohlener Lieferwagen aufgefunden werden, in dem sich Sprengstoffzünder sowie ein Tonband mit Koranversen befanden. Wenige Stunden nach den Bombenexplosionen ging im Londoner Büro der arabischen Zeitung al-Kuds al-Arabi ein Selbstbeichtigungsschreiben der al-Qaida ein, dessen Authentizität allerdings fraglich ist. Am 13. Mai wurde in einem Papierkorb in der Nähe einer Madrider Moschee ein Video von al-Qaida sichergestellt. In arabischer Sprache übernahm die Gruppierung „Abu Dudjan al-Afghani“ die Verantwortung für die Anschläge. Darin heißt es:

„Wir erklären unsere Verantwortung für das, was in Madrid genau zweieinhalb Jahre nach den Angriffen auf New York und Washington geschehen ist. Es ist eine Antwort auf die Verbrechen, die ihr in der Welt verübt habt, und zwar besonders im Irak und Afghanistan und es wird weitere (Antworten) geben, so Gott will. Ihr liebt das Leben und wir lieben den Tod, was ein Beispiel für das gibt, was der Prophet Mohammed gesagt hat. Wenn ihr eure Ungerechtigkeiten nicht stoppt, wird mehr Blut fließen und diese Angriffe werden sehr klein verglichen mit dem sein, was geschehen wird und was ihr Terrorismus nennt. Das ist eine Erklärung des Militärsprechers der al-Qaida für Europa, Abu Dudjan al-Afghani.“

Im Zuge der Ermittlungen konnten seit 13. März zahlreiche Marokkaner, Inder und Syrer als Tatverdächtige festgenommen werden. Anfang April töteten sich mehrere Hintermänner des Anschlags vom 11. März bei einer spektakulären Polizeiaktion in Madrid selbst. Sie zündeten in ihrem Versteck gelagerten Sprengstoff, als die Polizei das Haus stürmte. Der mutmaßliche Drahtzieher der Anschläge von Madrid, der Ägypter Rabei Osman-el-Sayed Achmet alias „Mohamed der Ägypter“, konnte in

einer gemeinsamen Aktion der italienischen, spanischen und französischen Sicherheitsbehörden am 7. Juni in Mailand festgenommen werden. Er gilt als Sprengstoffexperte. Die Ermittlungen ergaben, dass el-Sayed in der Zeit von 1999 bis 2001 auch in Deutschland gelebt hatte.

Am 21. April verübten Selbstmordattentäter in Riad/Saudi-Arabien einen Sprengstoffanschlag auf das Hauptquartier des saudischen Inlandsnachrichtendienstes. Während eine Reihe von Fahrzeugen an einem Kontrollpunkt auf die Abfertigung wartete, entstieg ein Selbstmordattentäter einem Fahrzeug und zündete eine am Körper getragene Sprengladung. Kurz darauf explodierten zwei in der Warteschlange stehende Fahrzeuge mit einer Sprengstoffmenge von insgesamt etwa drei Tonnen. Dabei starben etwa 20 Menschen.

Am 1. Mai erschossen in Janbu/Saudi-Arabien vier Attentäter, die sich Zugang zu einem abgesicherten Bürobereich einer Ölfirma verschafft hatten, dort anwesende ausländische Mitarbeiter. Zwei US-Amerikaner, zwei Briten, ein Australier und ein saudischer Sicherheitsbeamter wurden getötet, ein Italiener und ein Kanadier schwer verletzt. Danach flüchteten die Attentäter, wobei sie die Leiche eines Getöteten als Trophäe hinter ihrem Fahrzeug herzogen und an belebten Orten den Passanten präsentierten. Sicherheitskräfte stoppten die Flucht und töteten die um sich schießenden Attentäter.

Am 22. Mai wurde auf offener Straße in Riad/Saudi-Arabien ein deutscher Staatsangehöriger erschossen. Auf einer Internet-Seite des al-Qaida-nahen Magazins Maaskar al-Battar wurde die Ermordung u.a. mit der Rolle Deutschlands in der Allianz gegen den Islam begründet. Ziel dieses und anderer Anschläge sei es, die Angst ausländischer Bewohner in Saudi-Arabien zu steigern.

Am 29. Mai erstürmten islamische Extremisten das al-Chobar Petroleum Center in Saudi-Arabien, in dem sich die Büros großer westlicher Ölfirmen befinden, und töteten insgesamt 22 Menschen. Nach Angaben des Innenministeriums in Riad handelte es sich dabei um acht Inder, drei Philippiner, drei Saudi-Araber, zwei Sri Lanker, einen Amerikaner, einen Briten, einen Italiener, einen Südafrikaner, einen Schweden und einen Ägypter. Anschließend nahmen sie zahlreiche noch verbliebene Büroangehörige als Geiseln. Die Geiselnahme wurde am 30. Mai durch saudische Spezialkräfte beendet.

Auch im Irak kam es im ersten Halbjahr 2004 zu einer Vielzahl von Anschlägen, die vorrangig auf die besondere Situation im Irak nach der militärischen Intervention der USA zurückzuführen sind. Eine Reihe von Anschlägen ist allerdings auch al-Qaida oder mit ihr zusammenarbeitenden Gruppierungen zuzurechnen.

Am 1. Februar wurden bei zwei zeitgleichen Selbstmordattentaten auf die Hauptquartiere der irakischen Kurdengruppierungen Patriotische Union Kurdistans (PUK) und Demokratische Partei Kurdistans/Irak (DPK/I) in der nordirakischen Stadt Erbil 117 Menschen getötet. Unter den Toten waren auch führende Parteifunktionäre. Im Internet bekannte sich die Gruppierung Djaish al-Sunna zu den Anschlägen und begründete sie mit der Zusammenarbeit der Kurden mit den USA. Kurdische Stellen machen für den Anschlag die islamistische Gruppierung Ansar al-Islam verantwortlich.

Am 11. Mai veröffentlichte eine der al-Qaida nahe stehende Gruppe auf der Internet-Seite der islamistischen Organisation „Muntada al-Ansar“ ein Video, in dem die Hinrichtung eines Amerikaners zu sehen ist. Auf dem Video kniet der Gefangene Nikolas

Berg vor fünf hinter ihm stehenden maskierten Männern. Einer der Maskierten, bei dem es sich Stimmproben zufolge um den jordanischen Terroristen Abu Musab al-Zarqawi handeln soll, liest eine Erklärung vor. Anschließend wird das Opfer zu Boden gestoßen und enthauptet. Dieselbe Gruppe köpfte am 22. Juni einen südkoreanischen Staatsangehörigen, nachdem Südkorea der Forderung nach einem sofortigen Abzug seiner im Irak stationierten Truppen nicht nachgekommen war.

3.1.1.3 Erklärungen des al-Qaida-Netzwerks

Am 29. März veröffentlichte das islamistische Magazin „Maaskar al-Batar“ des kurzzeitig als al-Qaida-Führer in Saudi-Arabien geltenden Abu Hajar Abdelaziz al-Mukrin ein Strategiepapier mit einer Rangfolge für Terrorziele auf der arabischen Halbinsel. Ziele sollen dabei insbesondere die wirtschaftlichen Interessen von „Juden und Kreuzzüglern“ in moslemischen Ländern sein. Dieses Strategiepapier, das auch die Aufforderung enthält, „die Länder der Ungläubigen zum Schauplatz von Operationen zu machen“, verdeutlicht erneut die hohe Gefährdung auch für Europa; es hatte offensichtlich bereits als Hintergrund für die Anschläge in Janbu und Chobar gedient. Al-Mukrin wurde von saudischen Sicherheitskräften am 19. Juni beim Versuch der Festnahme mit drei weiteren Terrorverdächtigen getötet. Am 6. Juni nannte die „Organisation al-Qaida auf der arabischen Halbinsel“ in einer Internet-Erklärung ebenfalls konkrete Anschlagziele. Die muslimische Bevölkerung wurde dabei auch vor einer Zusammenarbeit mit „Kreuzzüglern und Polytheisten“ gewarnt. Hauptziele seien Wohnkomplexe, Liegenschaften und Transportmittel der „Kreuzzügler“, insbesondere aber westliche und US-amerikanische Fluggesellschaften. Diese Erklärung deckt sich damit weitgehend mit dem Strategiepapier al-Mukrins.

Der arabische Fernsehsender al-Arabija veröffentlichte am 15. April eine Botschaft von Usama Bin Ladin, die den europäischen Ländern unter bestimmten Bedingungen einen Waffenstillstand anbietet. Voraussetzung hierfür sei, dass sich die europäischen Länder künftig jeglicher Einflussnahme auf die muslimischen Staaten enthalten. Die Mitteilung forderte ausdrücklich zum Abzug europäischer Truppen aus dem Irak und anderen islamischen Ländern auf. Die USA seien von diesem Angebot, welches auf drei Monate befristet ist, ausgenommen. Damit versuchte Bin Ladin unter Bezugnahme auf die Anschläge von 11. März in Madrid vergeblich, einen Keil in die weltweite Allianz zur Bekämpfung des islamistischen Terrors zu treiben und damit weitere Länder zum Rückzug ihrer Truppen aus dem Irak zu veranlassen.

Am 6. Mai setzte Bin Ladin in einer weiteren Audiobotschaft für die Ermordung von führenden Vertretern der USA, aber auch der UNO, ein hohes Kopfgeld aus. Entsprechend der islamischen Tradition wurde das Kopfgeld dabei in Gold angeboten. Damit reagierte Bin Ladin offensichtlich auf die Auslobung von Kopfgeldern durch amerikanische Stellen gegen al-Qaida-Führungspersonen. Diese Erklärung ist ein erneuter Beleg dafür, dass die Terroranschläge im Irak gegen US-Truppen und mit ihr zusammenarbeitende irakische Organisationen nicht nur auf den Kampf von Anhängern des alten Regimes gegen die US-Militärintervention im Irak, sondern auch auf islamistische Terroristen zurückgeführt werden müssen.

3.1.1.4 Gerichtsverfahren in Deutschland

Das Oberlandesgericht Hamburg sprach im Prozess um die Unterstützung der Anschläge vom 11. September 2001 in den USA den angeklagten Abdelghani Mzoudi

am 5. Februar frei. Das Gericht sah es als nicht erwiesen an, dass der Marokkaner als Mitglied der Hamburger Terrorzelle an der Vorbereitung der Anschläge beteiligt gewesen war. In der Urteilsbegründung wurde betont, dass die Beweismittel für einen Schuldspruch nicht ausgereicht hätten. Das Gericht sei von seiner Unschuld jedoch nicht überzeugt. Im Zweifel aber sei für den Angeklagten zu entscheiden. Der Generalbundesanwalt legte Revision gegen das Urteil ein.

Der Bundesgerichtshof hob am 4. März das Urteil gegen den terrorverdächtigen Mounir al-Motassadeq auf. Das Gericht gab dem Revisionsantrag des Marokkaners statt und wies das weltweit erste Strafverfahren im Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA an das Oberlandesgericht Hamburg zur erneuten Verhandlung und Entscheidung zurück. Am 19. Februar 2003 war der Marokkaner zunächst zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 15 Jahren wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Beihilfe zum Mord in mehr als 3.000 Fällen verurteilt worden. Der Bundesgerichtshof begründete seine Entscheidung mit einer fehlerhaften Beweiswürdigung des Oberlandesgerichts Hamburg. US-Dienststellen hatten eine Aussage des in US-Haft befindlichen Binalshihb übermittelt, wonach dieser weder Mzoudi noch al-Motassadeq als Mitglieder der Hamburger Zelle um Mohammed Atta benannt hatte, weitere Aussagen aber gesperrt. Die Hamburger Ausländerbehörden haben inzwischen gegen Mzoudi und al-Motassadeq Ausweisungsverfügungen wegen Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland erlassen. Eine Abschiebung kann allerdings erst erfolgen, wenn die Verfahren gegen die beiden in nächster Instanz abgeschlossen sind. Der neue Prozess gegen al-Motassadeq vor dem Oberlandesgericht Hamburg soll im August beginnen. Über die Revision im Verfahren Mzoudi ist noch nicht entschieden.

Am 10. Februar eröffnete das Oberlandesgericht Düsseldorf die Hauptverhandlung gegen vier mutmaßliche Mitglieder der sunnitisch-extremistischen Terrorgruppe al-Tauhid. Drei Angeklagte wird Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, versuchte Anstiftung zum Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und bandenmäßige Begehung von Urkundendelikten vorgeworfen. Einem weiteren Angeklagten werden Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und Verstoß gegen das Waffengesetz zur Last gelegt. In einem abgetrennten Verfahren hatte das Gericht am 26. November 2003 bereits den Jordanier Shadi Abdallah wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilt. Abdallah tritt nunmehr als Kronzeuge auf. Kern des Verfahrens ist der Vorwurf, dass die Gruppierung Anschläge gegen jüdische Einrichtungen in Deutschland vorbereitet habe. Hierzu bestanden auch Verbindungen zu dem jordanischen al-Qaida-Terroristen al-Zarqawi.

Das Landgericht Berlin eröffnete am 4. Mai das Verfahren gegen einen Tunesier wegen des Verdachts der Gründung einer terroristischen Vereinigung und anderer Straftaten. Der 33-jährige Angeklagte soll im Auftrag des Terrornetzwerks al-Qaida im Januar 2003 über Südafrika und Belgien mit einem gefälschten Ausweis illegal nach Berlin eingereist sein, um dort moslemische Studenten für terroristische Sprengstoffanschläge auf jüdische und US-amerikanische Ziele in Deutschland zu rekrutieren. Nach den Vorstellungen des Angeklagten sollten anlässlich einer Demonstration zu Beginn des Irak-Kriegs mehrere Sprengsätze an derzeit noch nicht bekannten Orten gezündet werden. Anfang März 2003 beschaffte sich der Angeklagte chemische Substanzen zur Herstellung von Sprengmitteln. Darüber hinaus erwarb er Mobiltelefone und Armbanduhr, die für die Zündung der Sprengsätze manipuliert werden sollten. Der Angeklagte war im Juli 2001 nach Afghanistan gereist, um sich in einem Lager der al-Qaida für den

Djihad ausbilden zu lassen. Dort soll er auch ideologisch und militärisch geschult worden sein, die Herstellung und den Gebrauch von Sprengstoff erlernt sowie den Auftrag erhalten haben, in Deutschland Sprengstoffanschläge zu verüben.

Der Generalbundesanwalt übernahm am 24. Mai die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft München gegen einen 30 Jahre alten Iraker. Ihm werden die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland und das gewerbsmäßige Einschleusen von Ausländern nach Deutschland vorgeworfen. Der Beschuldigte steht im Verdacht, die ausländische terroristische Vereinigung Ansar al-Islam seit Ende 2002 von München aus logistisch und finanziell unterstützt zu haben. Er soll Spendengelder gesammelt und gewerbsmäßige Einschleusungen von Irakern nach Deutschland ermöglicht haben. Ihm wird weiterhin vorgeworfen, die Einreise von Jihad-Kämpfern in den Irak organisiert zu haben. Der Iraker war am 2. Dezember 2003 in München festgenommen worden. Das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz trug durch intensive Beobachtung der Gruppierung Ansar al-Islam zum Festnahmeerfolg erheblich bei.

3.1.1.5 Ausblick

Die Netzwerke islamistischer Terrorgruppen, insbesondere die Gruppierung al-Qaida, bedrohen weiterhin massiv die Innere Sicherheit der westlichen Staaten. Der von so genannten non-aligned-Mudjahidin, einer selbständigen Gruppierung mit nur losen Kontakten zur al-Qaida, begangene Sprengstoffanschlag in Madrid am 11. März zeigt, dass auch von diesen Gruppen eine extreme Gefahr ausgeht. Trotz der Fahndungserfolge konnten die Terrornetzwerke nicht entscheidend geschwächt werden. Das konspirative Verhalten der mutmaßlichen Anhänger der islamistischen Netzwerke und ihre nicht unerheblichen Aktivitäten müssen intensiv beobachtet werden. Konkrete Hinweise auf geplante Anschläge in Deutschland sind jedoch derzeit nicht vorhanden. Insgesamt ist davon auszugehen, dass auch in Deutschland eine erhebliche Gefahr terroristischer Anschläge durch islamische Extremisten besteht. Besonders gefährdet sind jüdische und israelische sowie US-amerikanische und britische Einrichtungen. Bedingt durch das Engagement Deutschlands in der Bekämpfung des Islamismus u.a. durch die Beteiligung an den UN-Einsätzen in Afghanistan und am Horn von Afrika muss auch mit einer erheblichen Gefährdung deutscher Einrichtungen insbesondere im Ausland gerechnet werden. Die Ermittlungsverfahren und Strafprozesse verdeutlichen, dass auch in Deutschland Anschläge geplant wurden. Bisher konnte ihre Tatausführung noch verhindert werden. Besorgnis erregend sind auch die in der Vergangenheit bereits mehrfach festgestellten Beiträge im Internet mit Anleitungen zur Herstellung und Verwendung von Sprengstoffen und Waffen, die themenbezogen für den islamistischen Bereich und teilweise auch in arabischer Sprache erfolgen.

3.2 Islamische Extremisten

3.2.1 Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)

3.2.1.1 Verbindungen zu türkischen Parteien

Die islamisch-extremistische IGMG als Sammelbecken von Anhängern der islamistischen türkischen Saadet Partisi (SP) bietet fundamentalistischen Islam-Gläubigen eine politische und religiöse Heimat, ist aber gleichzeitig in immer stärkerem Maße bemüht, ihre Kontakte zur türkischen Regierungspartei AKP, der Partei des Minister-

präsidenten Recep Tayyip Erdogan, zu verbessern. Diese Bemühungen haben sich nach dem erneuten Wahlerfolg der AKP bei den Kommunalwahlen am 28. März in der Türkei verstärkt. Wie eine türkischsprachige Tageszeitung in einem am 3. Juni erschienenen Artikel berichtete, traf der türkische Parlamentspräsident Bülent Arinc, Mitglied der AKP, gemeinsam mit dem türkischen Generalkonsul u.a. mit Vertretern der IGMG Südbayern bei einem Essen zusammen.

Der Verband versucht, in der Öffentlichkeit den Eindruck einer bloßen Religionsgemeinschaft und einer verfassungstreuen Organisation zu erwecken, die sich ausschließlich um die religiösen und sozialen Bedürfnisse der türkischen Muslime in Deutschland kümmert. Die Beziehungen der IGMG zur SP werden in der Öffentlichkeit bagatellisiert und nur gelegentlich offensichtlich, beispielsweise wenn in der IGMG Anteilscheine für den der SP nahe stehenden türkischen Fernsehsender TV 5 verkauft werden. Auch vermeidet die IGMG trotz der in Teilbereichen erkennbaren Öffnung gegenüber der AKP einen Bruch mit dem Führer der Milli Görüs-Bewegung und Vorsitzenden der SP, Prof. Necmettin Erbakan. Die IGMG-Führungsspitze in Deutschland versucht mit dieser Politik die fundamentalistischen Anhänger der Milli Görüs-Bewegung zu halten und gleichzeitig den Anschein einer gemäßigten, welt-offenen Organisation zu erwecken. Diesem Ziel dürfte auch eine Distanzierung des Generalsekretärs der IGMG, Oguz Ücuncü, von antisemitischen Aussagen Erbakans gedient haben.

3.2.1.2 Loslösung von Ortsvereinen

Das Bemühen um gesellschaftliche Akzeptanz führte bei mehreren Ortsvereinen zur Annahme von neutralen Bezeichnungen, die die Zugehörigkeit der Vereine zur IGMG nicht mehr erkennen lassen. Solche Vereine geben sich Satzungen, die keine Rückschlüsse auf die IGMG mehr zulassen sollen. So erklärte ein Vereinsvertreter der IGMG-Alzenau, sein Verein sei frei und ungebunden. Vor den Büroräumen des Ortsvorstands hingen jedoch zum selben Zeitpunkt ein Werbeplakat der Tageszeitung „Milli Gazete“, Broschüren des IGMG-Bestattungsfonds Cenaze Fonu und eine Übersicht der Vorstandsmitglieder in türkischer Sprache, die die Moschee des Vereins als eine Filiale des IGMG-Gebiets Hessen auswies. Auch der Fürstenfeldbrucker Verein „Deutsch-Türkisches Kulturzentrum“ (DTK) behauptet, sich schon seit mehreren Jahren von der IGMG gelöst zu haben. 1999 war der Ortsverein der IGMG in Fürstenfeldbruck aufgelöst worden und ein neuer Verein mit dem Namen „Deutsch-Türkisches Kulturzentrum e.V.“ (DTKZ) gegründet worden, wobei die Vorstandsmitglieder des aufgelösten IGMG-Vereins in den Vorstand des neuen Vereins übernommen wurden. Auch bestätigte ein Vereinssprecher, dass zu den Verbandsmitgliedern Milli Görüs-Angehörige zählen und der Verein wegen seiner angeblichen ideologischen Neutralität auch Milli Görüs-Mitglieder bewusst nicht ausschließe.

3.2.1.3 Großveranstaltung am 29./30. Mai in Kerpen

Die angebliche Weltoffenheit der IGMG und ihre Distanzierung vom islamischen Fundamentalismus wird auch in Aussagen des Dr. Yusuf Isik, der im Jahr 1999 als kommissarischer IGMG-Vorsitzender fungierte, relativiert. Im Vorfeld einer am 29. und 30. Mai auf dem Gelände der IGMG-Zentrale in Kerpen/Nordrhein-Westfalen durchgeführten europäischen Großveranstaltung veröffentlichte er mehrere Kolumnen zum Thema „Assimilation“ in der Zeitschrift „Milli Gazete“, dem Sprachrohr der IGMG. In seinen Beiträgen bezeichnete Dr. Isik die Assimilation als größte Gefahr für die in Europa lebenden Türken. Sie bedeute die Entfremdung der neuen Generationen von der eige-

nen Religion und ihrer eigenen Kultur. Dies führe schließlich dazu, dass die Identität der Türken genauso verloren gehe wie Sitten und Gebräuche, die heiligen Werte und das Nationalgefühl. Zum Schluss werde auch die Religion ausgetauscht.

Dieser so genannte Familientag der IGMG wurde von mehreren tausend Personen besucht, die aus ganz Europa zusammenkamen und über Erziehung, Familie und Islam diskutierten. Die Zeitung Anadolu'da Vakit bezeichnete die Veranstaltung als vorbildlich und meinte, im Gegensatz zur Türkei, wo das soziale Leben von der Herrschaft der kulturellen Werte einer muslimischen Gesellschaft geformt sei, bestehe in Europa eine völlig fremde sozio-kulturelle Struktur, die auf völlig gegensätzlichen Werten beruhe.

3.2.1.4 Glorifizierung des Märtyrertums

Auch der Märtyrertod ist Gegenstand von Diskussionen innerhalb der IGMG. So fand am 24. April im Forum am Hofgarten in Günzburg eine Veranstaltung des „IGMG-Jugendprojekts“ statt. Hauptredner des Treffens mit etwa 600 Teilnehmern war Dr. Nihat Hatipoglu, der regelmäßig bei religiösen Veranstaltungen der IGMG auftritt. Er referierte über Beispiele angeblich vorbildlichen islamischen Märtyrertums aus der Frühzeit des Islam. Ohne die Selbstmordattentate der letzten Zeit namentlich zu nennen, erklärte er, dass es immer wieder Leute geben werde, die für den Islam freiwillig in den Tod gehen. Es war offensichtlich, dass viele Besucher der Veranstaltung die Glorifizierung des Märtyrertods nicht nur historisch verstanden.

3.2.1.5 Haltung zum Djjihad

Die IGMG ist weiterhin bemüht, eindeutige Aussagen zum Djjihad zu vermeiden. Der Djjihad ist aber auch Thema des Sprachrohrs der IGMG, der Zeitung „Milli Gazete“. Sie veröffentlichte wiederholt Beiträge zum Djjihad und bemüht auch hier historische Anknüpfungspunkte. So schreibt die Zeitung am 9. Juni in einem Beitrag zur Eroberung Istanbuls im Jahre 1453 durch Sultan Fatih Mehmet II:

„Unser Glaube beharrt auf der Notwendigkeit, dass die Gläubigen mit ihrem Hab und Gut und mit ihrem Leben den Djjihad führen müssen und verkündet, dass der Glaube mit dem Djjihad existieren wird.“

In der Ausgabe vom 10. Juni wird diese Aussage zwar relativiert mit der Feststellung, das Djjihad-Gebot gelte nicht, um Staaten zu erobern und schon gar nicht, um Menschen zu töten. Der Djjihad sei ein Mittel, um den Islam den Menschen bekannt zu machen und den Islam zu verbreiten. Trotzdem spricht auch dieser Artikel davon, dass durch den Djjihad „die Feinde des Islam eingeschüchtert und wenn nötig vernichtet“ werden.

Die Meldungen über Demütigungen, Misshandlungen und Folterungen irakischer Gefangener durch Angehörige der US-Armee im Irak waren Anlass für die „Milli Gazete“, in ihrer Internet-Ausgabe vom 14. Mai in massiver Form Hass gegen Amerika zu schüren:

„Politiker! Das Ende dieses Ungeheuers, das das Blut aller Länder gesaugt hat, ist gekommen. Es zappelt, wie ein Kapaun der geköpft wurde. Glaubst nicht, dass die tote Hyäne am Leben ist, weil sich ihre Haare bewegen, es ist der Wind. (...) Mudjahidin! Schlagt dieses übel riechende Ungeheuer um, das von anderen Ländern bisher nicht angegriffen werden konnte, weil sich seine

Haare im Wind noch bewegten. Schlagt es um, damit diejenigen, die bisher vor ihm Angst hatten, seine Haare und Knochen im Topf ihres Hasses kochen. Erlaubt auch nicht den Kindern dieser Hyänenherde, die innerlich wie die Pest schmutzig ist und sich äußerlich wie Jesus geschmückt hat, euch mit dem Kreuz zu erdolchen. Schickt diese Henker, die sich mit dem Mantel der Demokratie gekleidet haben, in Särgen zurück, damit ihre ekligen Leichen das heimische Land nicht beschmutzen. Bürokraten! Helft den Aufständischen! Arbeiter! Arbeitet nicht für die Besatzer! (...) Muslime! Rächt euch, ... in dem ihr in den Heimatländern der Besatzer den Koran lehrt. (...) Weise! Bringt diese um, die lieber umher fliegende Arme, Finger, Köpfe, Hände in der Luft sehen wollen als Laub. Bringt sie um, damit sie nicht länger niederträchtige Dinge tun können.“

3.2.1.6 Milli Gazete

Die IGMG bestreitet zwar immer wieder - insbesondere in verwaltungsgerichtlichen Verfahren, die derzeit u.a. in Bayern und Baden-Württemberg anhängig sind bzw. waren - die Funktion der „Milli Gazete“ als ihr publizistisches Sprachrohr. Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat in einem Eilverfahren am 16. Mai 2003 bestätigt, dass sich Programm und Zielsetzung von „Milli Gazete“ und IGMG decken, beispielsweise hinsichtlich der Einführung der Scharia als Rechtssystem. Die entsprechende Klage der IGMG wurde am 9. Juli vom Verwaltungsgericht Stuttgart auch im Hauptsacheverfahren abgewiesen.

Vereinzelt distanziert sich zwar die IGMG von Artikeln der „Milli Gazete“, jedoch führen IGMG und „Milli Gazete“ gemeinsame Veranstaltungen durch, wirbt die IGMG ständig für die „Milli Gazete“ und druckt die „Milli Gazete“ in einem solchen Umfang Reden und Artikel von IGMG-Funktionären ab, dass die Bewertung als Sprachrohr der IGMG für die „Milli Gazete“ eindeutig nachvollziehbar ist. So erschien am 16. Januar in der „Milli Gazete“ unter dem Titel „Herzensgrüße“ ein Gedicht, in dem der Führer der Milli Görüs-Bewegung Prof. Necmettin Erbakan als „das helle Antlitz der Welt“ und als Lehrmeister bezeichnet wird, der die Hoffnung des Autors sei, und ohne den der Autor verlassen sei; diese „Lobeshymne“ entspricht exakt den Huldigungen auf der IGMG-Generalversammlung am 15. Juni 2002 in Arnheim/Niederlande.

Dass die „Milli Gazete“ ein Sprachrohr der IGMG ist, wird auch dadurch deutlich, dass die IGMG einem offiziellen Vertreter der „Milli Gazete“, dem neuen PR-Beauftragten Ibrahim Gümüsoglu, der zudem selbst langjähriger IGMG-Funktionär war, die Türen der IGMG-Moscheen für „Programm-Veranstaltungen“ geöffnet hat. Eine dieser Veranstaltungen fand im März in einer bayerischen IGMG-Moschee statt. In seiner Rede stellte sich Gümüsoglu einleitend als ehemaliger Regionsvorsitzender der IGMG Frankfurt vor; für die „Milli Gazete“ sei er seit zwei Monaten tätig, weil die Zeitung für den Dialog der Gläubigen in Europa Sorge. Er kritisierte, dass er immer wieder feststellen müsse, dass „unsere“ Brüder andere Zeitungen hätten und trotzdem vorgeben, Milli Görüs anzugehören. Wer die „Milli Gazete“ nicht lese, sei seiner Meinung nach aber von der „Organisation“ losgerissen, da man keine Nachrichten bekäme. Seinen Zielvorstellungen zufolge sollen auch IGMG-Funktionäre in den Zeitungsvertrieb der „Milli Gazete“ eingebunden werden.

3.2.2 Hilafet Devleti (Der Kalifatsstaat)

Der als „Kalif von Köln“ bekannt gewordene Islamistenführer und frühere Vorsitzende des „Kalifatsstaats“ Metin Kaplan wurde am 27. Mai 2003 aus der Haft entlassen. Er

hatte wegen eines Mordaufrufs eine vierjährige Gefängnisstrafe verbüßt. In der Folgezeit hat Kaplan bislang seine Abschiebung mit rechtlichen Schritten verhindert.

Mit Urteil vom 26. Mai hat das Oberverwaltungsgericht Münster auf die Berufung der Bundesrepublik Deutschland die Klage Kaplans auf Gewährung von Abschiebeschutz abgewiesen. In der Urteilsbegründung wurde u.a. ausgeführt, dass dem selbst ernannten „Kalifen von Köln“ in der Türkei nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung drohe. In der Vorinstanz hatte das Verwaltungsgericht Köln im August 2003 solche Abschiebungshindernisse bejaht. Revision zum Bundesverwaltungsgericht wurde zugelassen.

Am 27. Mai entschied das Verwaltungsgericht Köln auf Eilantrag Kaplans, den Vollzug der Abschiebung noch vor Rechtskraft des Urteils des Oberverwaltungsgerichts für die Dauer von zwei Monaten auszusetzen. Seit 1. Juni besitzt Kaplan für seinen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland eine Duldung, die mit strengen Meldeauflagen verbunden ist. Die Duldung erlischt, sobald durch eine entsprechende gerichtliche Entscheidung die Abschiebungsandrohung wirksam wird.

3.2.3 Hizb ut-Tahrir

Das Bundesministerium des Innern hat mit Wirkung vom 15. Januar 2003 die Betätigung der Hizb ut-Tahrir in Deutschland verboten, da sich die Gruppierung gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtete und Gewaltanwendung als Mittel zur Durchsetzung politischer Belange befürwortete. Zugleich wurde ein vereinsrechtliches Ermittlungsverfahren mit dem Ziel eines Organisationsverbots eingeleitet. Die Anhängerschaft der Hizb ut-Tahrir in Deutschland rekrutiert sich überwiegend aus arabischstämmigen Akademikern. Zur Umsetzung des Betätigungsverbots wurden bundesweit am 15. Januar und 10. April 2003 die Wohnungen von maßgeblichen Anhängern der Hizb ut-Tahrir durchsucht. Die bisherige Auswertung der sichergestellten Asservate bestätigte den Verdacht, dass die Anhängerschaft ihre politischen Ziele ungeachtet des Betätigungsverbots weiter verfolgt.

Die Nachfolge des am 29. April 2003 verstorbenen Hizb ut-Tahrir-Führers Abdul Quadeem Zallum alias „Abu Yusuf“ trat Ata Abu al-Raschta alias „Abu Yassin“ an. Dessen Klage gegen das Betätigungsverbot wurde mit Zwischenurteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Januar zugelassen. Die Vertretungsbefugnis als Kläger für den deutschsprachigen Raum hat Hussein Shaker Assem inne. Die Einzelklagen von 21 Mitgliedern gegen das Betätigungsverbot wurden hingegen abgewiesen.

Aufgrund der im Rahmen des Verbotsverfahrens sichergestellten Beweismittel konnten in Bayern in fünf Fällen Ausweisungsverfahren gegen Mitglieder und Funktionäre der Hizb ut-Tahrir eingeleitet werden. Die Verfahren sind noch nicht abgeschlossen. Die Ausweisungsverfügungen und die Durchführung von Sicherheitsgesprächen verunsicherten die Hizb ut-Tahrir Anhänger. Einige verließen Bayern und wichen in andere Bundesländer bzw. sogar ins Ausland aus.

3.2.4 Ansar al-Islam

Der frühere Führer der Ansar al-Islam Mullah Krekar wurde am 2. Januar von norwegischen Polizeikräften in Oslo festgenommen. Gegen Krekar bestand der Verdacht der Anstiftung zum versuchten Totschlag im Nordirak während seiner Führerschaft der Ansar al-Islam. Zudem wurde er der Finanzierung des Terrorismus verdächtigt.

Am 17. Februar wurde Krekar wieder aus der Untersuchungshaft entlassen; neue Ermittlungsergebnisse führten offensichtlich zu einer anderen Bewertung. Auch sollen Aussagen, die Belastungszeugen im Irak gemacht hatten, unter Folter entstanden sein. Ungeachtet dessen unterstützt die Ansar al-Islam den Terrorismus im Irak. Für Mullah Krekar ist der Dihad ein legitimes Kampfmittel und Bin Ladin eine „Krone auf den Köpfen der Muslime“.

Am 2. Dezember 2003 konnte das Bayerische Landeskriminalamt in München einen Funktionär der Ansar al-Islam festnehmen. Er steht im Verdacht, kampfbereite Personen in den Irak geschleust zu haben, die sich dort an Kampfhandlungen gegen die alliierten Truppen beteiligen. Am 24. Mai hat der Generalbundesanwalt diesbezüglich die Ermittlungen übernommen (vgl. auch Nummer 3.1.1.4).

3.2.5 Muslimbruderschaft (MB)

Anfang des Jahres trat Mohamed Mahdi Akef die Nachfolge des verstorbenen Führers des ägyptischen Zweigs der MB, Maamon al-Hodeibi, an. Akef hatte Mitte der 80er Jahre als Direktor das der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD) zugehörige Islamische Zentrum München (IZM) geleitet. Er war in seiner Jugend mit dem MB-Gründer Hassan al-Banna befreundet. Später wurde er wegen eines gegen den ägyptischen Präsidenten geplanten Anschlags zum Tode verurteilt und schließlich nach 20 Jahren Gefängnis begnadigt. Schon von Deutschland aus baute er seinen Einfluss auf den internationalen Zweig der MB aus. In seiner Person zeigt sich die personelle und ideologische Kontinuität der MB. In einem Interview mit der französischen Zeitschrift „Le Figaro“ vom 24. März äußerte Akef:

„Die USA haben aufgrund ihrer Intervention im Irak Hass geerntet. (...) Wir haben auch Demonstrationen gegen den zionistischen Feind organisiert, der Palästina besetzt“.

Darüber hinaus sprach er denjenigen sein Lob aus, „die ihre Operationen bis in die Herzen zionistischer Städte“ tragen. Damit bekennt sich die MB unmissverständlich zu Selbstmordattentaten gegen israelische Zivilisten.

Nach Auskunft Akefs ist die MB besonders stolz auf ihre „Verwandtschaft“ mit der palästinensischen Befreiungsbewegung HAMAS des inzwischen getöteten Scheich Yassin. Auch der Tunesier Rachid Ghannouchi (En Nahda-Führer), der Algerier Abassi Madani (FIS-Vorsitzender) und der Türke Prof. Necmettin Erbakan (SP-Vorsitzender) seien immer als Brüder angesehen worden. Diese Aussage Akefs ist deshalb bemerkenswert, weil sie nicht nur die Nähe zu den anderen Zweigen der MB in Tunesien und Algerien betont, sondern auch eine ideologische Verbindung zu dem SP-Vorsitzenden Prof. Erbakan, dem geistigen Führer der IGMG, erkennen lässt.

3.2.5.1 Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)

Die IGD, die als deutsche Zentrale der MB gilt, versucht derzeit, unter ihrem Präsidenten Ibrahim Farouk El-Zayat ihre Vereinsstruktur zu ändern. So sollen die bisher der IGD nachgeordneten „Islamischen Zentren“ eigenständige Vereine werden. Dies würde die neu gegründeten Vereine in die Lage versetzen, selbständig die Gemeinnützigkeit zu beantragen, die dem Verband im Jahr 1999 aberkannt wurde. Darüber hinaus verfolgt die IGD das Ziel, nicht mehr als Ausländerverein eingestuft zu werden, und versucht dies damit zu begründen, dass die Mehrheit der IGD-Mitglieder bereits eingebürgert sei.

Um die langfristigen Ziele besser durchsetzen zu können, wurde unter Beteiligung der IGD ein „Imam-Rat“ in Deutschland eingerichtet. Dieser unterhält Kontakte zu dem der MB nahe stehenden „Europäischen Fatwa-Rat“ mit Sitz in Dublin. Dessen Vorsitzender Yusuf al-Qaradawi ist als der MB nahe stehend bekannt. Er äußerte sich kürzlich mit einer Fatwa (= religiöses Rechtsgutachten) zum Tschetschenienkonflikt, wonach der Kampf der tschetschenischen Brüder eine der besten Formen des Dihad im Namen Allahs sei. Aufgabe des deutschen „Imam-Rats“ ist es, die Vereinbarkeit der deutschen Rechtsordnung mit Koran und Sunna zu prüfen und dementsprechende Fatwas zu erlassen. Im Falle der Kollision zwischen der deutschen Rechtsordnung, dem Koran und der Sunna müsse man darüber „diskutieren“. Ein Bekenntnis zur deutschen Rechtsordnung ist dieser Haltung nicht zu entnehmen.

3.2.5.2 Islamische Widerstandsbewegung (HAMAS)

Am 22. März hat die israelische Armee in Gaza-Stadt Scheich Ahmed Yassin, den Gründer der HAMAS - des palästinensischen Zweigs der MB -, mit einem Raketenangriff getötet. Als Reaktion auf den Tod von Yassin fanden im Bundesgebiet mehrere spontane Kundgebungen mit geringer Teilnehmerzahl statt, die friedlich und störungsfrei verliefen. Bei den in Bayern lebenden Palästinensern löste der Angriff auf Yassin Wut und Unverständnis aus; aggressive Reaktionen blieben jedoch aus.

Am 17. April wurde auch der Nachfolger Yassins, Abd al-Aziz Rantissi, durch einen gezielten Angriff der israelischen Armee getötet. Pressemeldungen zufolge soll die HAMAS bereits einen neuen Führer ernannt haben, dessen Name jedoch geheimgehalten werde, um eine gezielte Tötung durch die israelischen Sicherheitskräfte zu verhindern.

Ziel der HAMAS ist die Zerstörung und die Errichtung eines islamistisch geprägten Staates auf dem gesamten Gebiet Palästinas auch durch bewaffneten Kampf. Die HAMAS lehnt den israelisch-palästinensischen Friedensprozess ab und ist für eine Vielzahl terroristischer Aktionen, u.a. zahlreiche Selbstmordattentate, verantwortlich. Die Aktivitäten der Anhänger der HAMAS im Ausland, so auch in Deutschland, haben sich bisher auf Propaganda und Spendensammlungen für angeblich humanitäre Zwecke beschränkt.

3.2.6 Islamisch-Irakische Gemeinschaft Deutschland e.V. (IIGD) Hizb al-Dawa al Islamiya (Dawa)

In Bayern lebende Sympathisanten der islamistischen Dawa bzw. der IIGD stehen der Person des Schiiten-Predigers Muqtada al-Sadr, der seine Anhänger im Irak zum gewalttätigen Aufstand gegen die „westlichen Besatzer“ anstiftet, derzeit distanziert gegenüber. Die deutliche Mehrheit lehnt gewaltsame Aktionen ab, da - nach deren Überzeugung - die schiitische Bevölkerungsmehrheit auch nach einem friedlichen demokratischen Übergang im Irak die Macht übernehmen werde. In Einzelfällen gibt es aber auch Zustimmung für die revolutionäre Position von al-Sadr, da dieser dafür Sorge, dass die Amerikaner noch schneller als geplant den Irak räumen müssten.

In Bayern leben etwa 70 Anhänger der IIGD. Während des Irak-Kriegs verhielten sich die Anhänger überwiegend passiv, eigene Protestkundgebungen wurden nicht durchgeführt. Auch derzeit gibt es keine Anhaltspunkte über Planungen für eigenständige Protestaktionen. Dies könnte sich jedoch ändern, falls sich der Aufstand

innerhalb der schiitischen Bevölkerung im Irak ausweiten und die Opferzahlen sich erhöhen sollten.

3.3 **Volkskongress Kurdistans (KONGRA GEL)** **ehemals Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK)** **bzw. Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)**

3.3.1 Überblick

Der KONGRA GEL, die mehrfach umbenannte, in Deutschland verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), ist nach wie vor in der Lage, mehrere zehntausend Anhänger für bundes- bzw. europaweite Großveranstaltungen zu mobilisieren. So trafen sich zur zentralen Newroz-Feier am 20. März in Hannover insgesamt rund 25.000 Personen aus Deutschland und den angrenzenden Staaten. Auch die am 14. Februar anlässlich des 5. Jahrestags der Festnahme von Abdullah Öcalan durchgeführte Großdemonstration in Straßburg unter dem Motto „Freedom for Öcalan - Peace in Kurdistan“ wurde von etwa 12.000 Teilnehmern aus mehreren europäischen Ländern besucht. Aus Bayern nahmen rund 300 Personen teil.

Die KONGRA GEL-Anhänger hielten sich bundesweit noch an den von ihrer Führung selbst verordneten Verzicht auf Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele. Mehrfach drohten aber führende KONGRA GEL-Funktionäre, so u.a. Murat Karayilan, mit terroristischen Anschlägen in der Türkei durch Guerillaeinheiten, den so genannten Volksverteidigungseinheiten (HPG). Mit diesen Drohungen sollten insbesondere eine Verbesserung der Haftbedingungen für Abdullah Öcalan und ein Entgegenkommen der Türkei in der Kurdenfrage erzwungen werden.

3.3.2 Aufnahme des KONGRA GEL in die Liste terroristischer Organisationen durch die USA und EU

Anhänger des KONGRA GEL protestierten bereits im Januar gegen die durch die USA vorgenommene Aufnahme des KONGRA GEL in die Liste terroristischer Organisationen. Das „außenpolitische Komitee“ des KONGRA GEL kritisierte in einer am 18. Januar von der KONGRA GEL-nahen Tageszeitung „Özgür Politika“ veröffentlichten Erklärung die Aufnahme heftig. Der Beschluss trage nicht zum derzeit in der Region stattfindenden Demokratisierungsprozess bei und werde von der Organisation nicht akzeptiert. KONGRA GEL habe deshalb eine Kampagne gegen diese Entscheidung gestartet. Die in diesem Zusammenhang gesammelten Unterschriften sollen an die US-Administration weitergegeben werden.

Auch die Ergänzung der EU-Terrorliste am 2. April um die KADEK-Nachfolgeorganisation KONGRA GEL war von europaweiten Protesten begleitet. In Deutschland kam es in zahlreichen Städten zu Demonstrationen. Träger dieser Aktionen waren zumeist die örtlichen KONGRA GEL-nahen Vereine. Am 14. April entzündeten etwa zehn Anhänger des KONGRA GEL in Krefeld/Nordrhein-Westfalen mittels Brandbeschleuniger vier Autoreifen. Dabei wurden auch eine Fahne der PKK sowie zwei Bilder von Abdullah Öcalan gezeigt. Auch in Bayern demonstrierten KONGRA GEL-Anhänger gegen die EU-Entscheidung. Am 15. April veranstaltete der als Anlaufstelle der KONGRA GEL-Anhänger fungierende Verein „Internationales Kulturzentrum Aschaffenburg e.V.“ in Aschaffenburg einen Themen bezogenen Info-Stand. In München fanden vom 16. bis 18. April mehrere Veranstaltungen unter dem Motto „KONGRA GEL von der EU-Terrorliste streichen“ mit bis zu 120 Teilnehmern statt.

3.3.3 Ende des „Waffenstillstands“ in der Türkei

Zum 1. Juni kündigten die Volksverteidigungseinheiten (HPG) des KONGRA GEL den „einseitigen Waffenstillstand“ in der Türkei auf. Der KONGRA GEL-Vorsitzende Zübeyir Aydar erklärte, KONGRA GEL unterstütze die Aufhebung des Waffenstillstands. Gleichzeitig beschuldigte Aydar die türkische Regierung, seit fünf Jahren keine Schritte für den Frieden unternommen zu haben. Presseberichten zufolge gibt es inzwischen Gefechte zwischen HPG-Guerillagruppen und türkischen Sicherheitskräften. Nach einer von der HPG seit 1. Juni bis 15. Juni gezogenen Bilanz sollen in diesem Zeitraum bei Feuergefechten mit der türkischen Armee 43 Soldaten getötet worden sein. Die HPG habe 17 „Vergeltungsanschläge“ verübt. Mögliche Auswirkungen dieser Eskalation auf die Sicherheitslage in Deutschland bedürfen der aufmerksamen Beobachtung.

3.3.4 Newroz-Feierlichkeiten

Anhänger des KONGRA GEL führten anlässlich des kurdischen Newroz-Fests in mehreren europäischen Staaten Kundgebungen und Aufzüge durch. Auch in mehreren deutschen Städten fanden friedliche Veranstaltungen statt, die zum Teil auch in den örtlichen KONGRA GEL-nahen Vereinen ausgerichtet wurden. Höhepunkt der diesjährigen Newroz-Feiern war die zentrale Veranstaltung am 20. März in Hannover, an der insgesamt etwa 25.000 Personen - vorwiegend Kurden aus Deutschland und den angrenzenden Staaten - teilnahmen. Zu der Veranstaltung unter dem Motto „Frieden, Freiheit und Demokratie“ hatten die KONGRA GEL-nahe Föderation kurdischer Vereinigungen in Deutschland e.V. (YEK-KOM) sowie das KONGRA GEL-nahe Kurdistan-Zentrum Hannover e.V. aufgerufen. Aus Bayern beteiligten sich rund 350 Anhänger des KONGRA GEL. In Hannover brachten zahlreiche Anhänger ihre Sympathie für den KONGRA GEL, insbesondere für Abdullah Öcalan, offen zum Ausdruck. Sie zeigten entsprechende Fahnen und skandierten Parolen wie „Freiheit für APO“.

Anhänger des KONGRA GEL nahmen auch an lokalen Newroz-Veranstaltungen in Bayern, u.a. in München, Regensburg und Schweinfurt, teil. Auch diese Veranstaltungen mit bis zu 600 Teilnehmern verliefen friedlich.

3.3.5 Neuer KONGRA GEL-naher Fernsehsender

Zum 1. März nahm der neue kurdische Fernsehsender ROJ TV seinen regulären Sendebetrieb auf. Das Programm ist über Satellit zu empfangen. Bei ROJ TV handelt es sich offensichtlich um den Nachfolgesender für den KADEK-nahen Fernsehkanal Medya TV mit Sitz in Frankreich. Die französischen Behörden hatten nach einer Entscheidung des französischen Kassationsgerichtshofs am 12. Februar die Sendelizenz für den Vorgängersender Medya TV endgültig entzogen. Damit bestätigte das Gericht die Entscheidung der französischen Lizenzaufsichtsbehörde, die den Entzug der Lizenz damit begründet hatte, dass es sich bei Medya TV um einen Nachfolgesender des verbotenen Senders Med TV gehandelt habe.

3.3.6 Jahreskongress des Internationalen Arbeitgeberverbands (KARSAZ)

Der KONGRA GEL-nahe KARSAZ veranstaltete am 3./4. April seinen 4. Jahreskongress in Raunheim bei Frankfurt am Main. Die rund 100 Delegierten verabschiedeten einen Bericht der KONGRA GEL-nahen Tageszeitung „Özgür Politika“ vom 3. April zufolge eine neue Satzung und wählten einen neuen Vorstand. Neuer Vorsitzender des KARSAZ wurde Halil Karakas. An der Veranstaltung nahmen nach diesem Bericht jeweils ein

Vertreter der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) in Deutschland sowie des vom KONGRA GEL dominierten Kurdischen Nationalkongresses (KNK) und der PDS teil. Hauptaufgabe des KARSAZ ist es, die kurdische Arbeitswelt zusammenzuführen und die modernen Entwicklungen, die sich an den wirtschaftlichen und demokratischen Werten Europas orientieren („Kurdistan“), zu übertragen. Einem Kommentar in der „Özgür Politika“ zufolge wird KARSAZ als Organisation beschrieben, die u.a. auch einen „Beitrag zum Kampf des kurdischen Volks um Identität und Freiheit“ leisten soll.

3.3.7 Kurdischer Nationalkongress (KNK)

Der KONGRA GEL-dominierte KNK hielt nach Meldungen der pro-kurdischen Zeitung „Özgür Politika“ in der Zeit vom 5. bis 6. Juni in der Nähe von Brüssel seine 5. außerordentliche Generalversammlung ab. An der Veranstaltung nahmen rund 150 Delegierte teil. Einziger Tagesordnungspunkt sei die Restrukturierung des KNK gewesen. In seiner Begrüßungsansprache verwies der Vorsitzende des KNK darauf, dass man in den vergangenen fünf Jahren auf diplomatischer Ebene zwar Bedeutsames geleistet habe, nunmehr aber über die Mission und die Restrukturierung des KNK diskutieren müsse. Im Verlauf der Tagung wurde Einvernehmen über die Fortsetzung der Arbeit des KNK erzielt. Seine Rolle bestehe künftig darin, als Dachorganisation für die Einheit der vier Teile Kurdistans in den Siedlungsgebieten der Türkei, Syriens, des Irak und des Iran zu sorgen. Die wichtigste Aufgabe des KNK bestehe darin, den kurdischen Kampf öffentlich bekannt zu machen. Ein - mutmaßlich - neu geschaffenes Komitee für Wiederaufbau werde de facto alle Aufgaben des bisherigen KNK-Exekutivrats übernehmen und den Kongress organisieren.

3.3.8 Festnahmen

Aufgrund eines Haftbefehls des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof nahm die Polizei am 2. Mai in Düsseldorf einen 33-jährigen Kurden wegen Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung fest. Ihm wird vorgeworfen, von Juni 2001 bis März 2002 die aus den Gebieten Dortmund, Essen und Duisburg bestehende PKK-Region sowie seit Juni 2003 einen KONGRA GEL-Sektor geleitet zu haben.

Am 25. Mai nahm die Polizei in Unna/Nordrhein-Westfalen einen 35-jährigen Kurden wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung fest. Er steht im Verdacht, als KONGRA GEL-Gebietsleiter eine Bestrafungsaktion gegen einen ehemaligen PKK-Kader angeordnet zu haben.

3.4 Türkische Marxisten/Leninisten

3.4.1 Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)

Sicherheitskräfte mehrerer europäischer Länder gingen am 1. April in einer koordinierten Aktion gegen Mitglieder der Revolutionären Volksbefreiungspartei - Front (DHKP-C) vor. Im Rahmen dieser Aktion wurden in der Türkei, Italien, Deutschland, Belgien und den Niederlanden insgesamt mehr als 40 Personen festgenommen. In Deutschland wurden drei Wohnungen in Köln, Bonn und Heddeshheim/Baden-Württemberg durchsucht. Die DHKP-C ist eine Spaltergruppe der in Deutschland seit 1983 verbotenen Devrimci Sol.

In Griechenland wurde am selben Tag ein 29-jähriger DHKP-C-Funktionär festgenommen, der in Deutschland wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereini-

gung, Brandstiftung (gegen türkische Banken in Deutschland) und Verabredung zum Mord zur Fahndung ausgeschrieben war. Der deutsche Staatsangehörige türkischer Herkunft hatte sich bis 1998 in Duisburg aufgehalten.

3.4.2 Reaktionen türkischer Marxisten/Leninisten zum NATO-Gipfeltreffen in der Türkei

In der Vergangenheit war die NATO wiederholt Ziel von Kritik linksextremistischer und ihnen nahe stehender türkischer Gruppierungen. Kernpunkt der Kritik ist die angebliche Verfolgung imperialistischer Ziele durch die NATO. Die aus linksextremistischen und anderen türkischen Gruppierungen aus Deutschland und dem europäischen Ausland bestehende Plattform „Resistanbul 2004“ kritisierte in Presse und Internet-Veröffentlichungen den am 28./29. Juni in der Türkei durchgeführten NATO-Gipfel. Die NATO wurde als aggressive Kriegoorganisation bezeichnet. Der Gipfel diene in erster Linie dazu, eine dauerhafte Präsenz des „US-Imperialismus“ im Irak zu gewährleisten, den als „großes Nahostprojekt“ bezeichneten „Kriegsplan“ zu genehmigen, die Besetzung weiterer Länder und die „Massakrierung der Völker“ im Nahen Osten zu rechtfertigen und die Türkei in eine Militärbasis für einen blutigen, ungerechten und schmutzigen Krieg umzuwandeln. Für den 26. Juni rief die Plattform „Resistanbul 2004“ zu Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart auf. An den friedlich verlaufenen Kundgebungen beteiligten sich bis zu 500 Teilnehmer.

Der Plattform „Resistanbul 2004“ gehören u.a. folgende Gruppierungen an:

- Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK, europäische Basisorganisation der Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten - TKP/ML -)
- Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF, deutsche Basisorganisation der TKP/ML)
- Föderation für demokratische Rechte in Deutschland e.V. (ADHF, dem TKP/ML-Flügel Maoistische Kommunistische Partei - MKP - nahe stehend)
- Föderation der Arbeiterimmigranten aus der Türkei in Deutschland e.V. (AGIF, der Marxistischen-Leninistischen Kommunistischen Partei - MLKP - nahe stehend)
- Tayad-Komitee (DHKP-C-nah).

3.4.3 Sprengstoffanschläge aus Anlass des NATO-Gipfeltreffens in der Türkei

In der Türkei wurden aus Anlass des NATO-Gipfels mehrere Sprengstoffanschläge verübt, die türkischen linksextremistischen Gruppierungen zuzurechnen sind. Bereits am 24. Juni explodierte ein Sprengsatz in unmittelbarer Nähe eines Hotels in Ankara, das für den Besuch des US-Präsidenten in der türkischen Hauptstadt reserviert war. Nach Pressemeldungen wurden zwei Polizisten und ein Passant verletzt. Zum Sprengstoffanschlag in Ankara bekannten sich die „Bewaffneten Einheiten der Armen und Unterdrückten“ (FESK), die als militärischer Arm der Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei (MLKP) angesehen werden. In Deutschland hat die rund 600 Mitglieder zählende MLKP bisher keine gewalttätigen Aktionen verübt. In der Türkei haben die FESK bereits die Verantwortung für vier Anschläge auf britische Banken am 16. Mai in Istanbul und Ankara übernommen. Zur Begründung hieß es, der britische Premier, der zu einem Staatsbesuch in Ankara erwartet wurde, habe „den Mittleren Osten durch seine Bombardierung, Folter, Vergewaltigung und Verbrechen in ein Meer von Blut“

verwandelt. Auch zu einem weiteren Sprengstoffanschlag am 19. Juni in Istanbul sowie einem ähnlichen Anschlag auf Banken am 22. Juni in Izmir/Türkei bekannten sich die FESK.

Bei einem zweiten Bombenanschlag in einem Bus in Istanbul wurden vier Menschen getötet und mindestens 15 weitere verletzt. Hierzu ging am 27. Juni bei einem Fernsehsender in München eine Selbstbezeichnung-E-Mail der Revolutionären Volksbefreiungsfront (DHKC), des militärischen Arms der in Deutschland verbotenen Revolutionären Volksbefreiungspartei - Front (DHKP-C), ein. In der E-Mail hieß es, die Bombe sei leider bereits in dem Reisebus detoniert, wodurch die Attentäterin ums Leben gekommen sei. Als Begründung für den Anschlag werden die Befreiung des türkischen Volks vom herrschenden System und auch der Tod von zahlreichen Menschen in türkischen Gefängnissen herangezogen. Die Devrimci Sol hat in den letzten Jahren, insbesondere 2003, bereits mehrere Sprengstoffanschläge in der Türkei vor allem gegen türkische Sicherheitsbehörden begangen. In Deutschland sind die Anhänger der verbotenen Devrimci Sol seit 1998 nicht mehr durch Gewalttaten aufgefallen.

4. **SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)**

Die Aktivitäten der Scientology-Organisation waren im ersten Halbjahr 2004 wie in den Vorjahren im Wesentlichen geprägt von der Agitation gegen die Beobachtung der SO durch den Verfassungsschutz und die Erwähnung in den Verfassungsschutzberichten. Zu diesem Zweck versuchte die Organisation erfolglos, mit Vertretern von Verfassungsschutzbehörden bzw. Innenministerien der Länder Gespräche zu führen.

Einer der diesjährigen Schwerpunkte der Expansionsstrategie der SO ist ihr Bestreben, in ihrem angeblichen Kampf gegen die Bildungsmisere und den Analphabetismus die Studiertechnologie Hubbards in der Gesellschaft zu etablieren. Mit der Studiertechnologie, die beispielsweise über Nachhilfegruppen verbreitet werden soll, will die SO zunächst unerkannt die Lehren Hubbards verbreiten, um letztendlich neue Mitglieder zu rekrutieren.

Eine weitere Public-Relations-Offensive wurde durch die Verbreitung von neu gestalteten Broschüren zu den Themenbereichen „Hilfe in der Not: Ehrenamtliche Geistliche im weltweiten Einsatz“, „Wege aus der Drogengesellschaft“ und „Bessere Bildung für eine bessere Welt“ bekannt, in denen scientologische Lösungsansätze für die Probleme der Gesellschaft angeboten werden. Die Organisation hat angekündigt, noch in diesem Jahr weitere Publikationen zu anderen gesellschaftsrelevanten Themen zu verbreiten.

4.1 **Geplantes Drogenrehabilitationszentrum im Landkreis Cham**

Der 2003 von langjährigen Scientologen neu gegründete Verein „Narconon Bayern e.V.“ mit Sitz in München setzte seine im Vorjahr begonnenen Bemühungen fort, im Landkreis Cham eine bisherige Naturheilpraxis mit Nebengebäuden zu erwerben, um dort ein Drogenrehabilitationszentrum zu errichten. Als diese Absicht in der Öffentlichkeit bekannt wurde, kam es sowohl in den örtlichen Medien als auch in der Bevölkerung zu heftigen Protesten gegen dieses Projekt.

1995 wurde der Verantwortliche des Vereins Narconon e.V. in Schliersee in einem Strafverfahren wegen Verstößen gegen das Heilpraktikergesetz verurteilt. Damals wurde festgestellt, dass weder der Verurteilte noch die Betreuer zur Ausübung eines Heilberufs befähigt oder berechtigt waren.

4.2 **Veranstaltungen**

Die Schwerpunkte der für die Öffentlichkeit bestimmten Aktivitäten von Scientology lagen in der Veranstaltung von bisher über 20 regelmäßig als Versammlungen bezeichneten Informationsständen in Bayern, hauptsächlich in München. Als Veranstalter traten die „Scientology Kirche Deutschland e.V.“ (SKD) und ihre Tarnorganisation „Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte“ (KVPM) auf.

Die SKD warb einerseits wie in den Vorjahren mit dem Thema „Sag JA zum Leben - Sag NEIN zu Drogen“ um Aufmerksamkeit, andererseits sollte das Thema „Für den Frieden auf der Welt - Dianetik führt zum Frieden“ Interesse für die SO in der Öffentlichkeit wecken. Die SO-Tarnorganisation KVPM hingegen versuchte, mit Berichten über angebliche Missbräuche der Psychiatrie Aufsehen zu erregen. Diese Themen dienen der Organisation nur vordergründig dazu, angebliche Missstände in der Gesellschaft

anzuprangern; tatsächlich sollen bei diesen Veranstaltungen neue Mitglieder geworben werden. Bei einigen Veranstaltungen wurden Unterschriften gesammelt, die angeblich dazu dienen sollten, den zuständigen Behörden Kenntnis über den Unmut der Bürger über solche Praktiken zu verschaffen. An die gesammelten Anschriften wird später Werbematerial der SO geschickt.

Darüber hinaus wurde die bundesweite Informationskampagne über die so genannten „Ehrenamtlichen Geistlichen“ (Volunteer Ministers) der SO fortgesetzt. Bei der Anmeldung dieser Veranstaltungen, bei denen über den internationalen Einsatz der „Ehrenamtlichen Geistlichen“ berichtet werden sollte, wurde stets versucht, die Genehmigung für die Aufstellung von Großzelten zu erhalten. Dies wurde von der Kreisverwaltungsbehörde München mit dem Hinweis auf den wirtschaftlichen Werbecharakter dieser Veranstaltung nach dem Straßen- und Wegerecht abgelehnt.

Die Resonanz in der Öffentlichkeit war trotz aller Bemühungen der Veranstalter bei allen Versammlungen gering.

4.3 **Internationale Aktionen der SO**

Das Europäische Menschenrechtsbüro der „Church of Scientology International“ (CSI) hat die im Vorjahr begonnene Aktion, Broschüren der CSI zu den verschiedensten Themen an Behördenleiter, Regierungsmitglieder der Länder und an politische Meinungsführer auch in Bayern zu versenden, fortgesetzt. In den Broschüren werden einige der angeblich erfolgreichen Projekte der Scientology in der Drogenbekämpfung, der Rehabilitation von Strafgefangenen oder der Kampf gegen Analphabetismus vorgestellt. Im Rahmen dieser Informationskampagne will die CSI insgesamt zwölf Broschüren zu den verschiedensten Themen, die in monatlichen Abständen veröffentlicht werden, an den erwähnten politischen Personenkreis verschicken. Offensichtlich erhofft sich die Organisation eine verstärkte Anerkennung von politischen Meinungsführern.

4.4 **Erwähnung der Bundesrepublik Deutschland im Menschenrechtsbericht des US-State Departments**

Das State Department (Außenministerium der Vereinigten Staaten) veröffentlicht seit Jahren jährlich ein vom US-Kongress in Auftrag gegebenes Papier, in dem die Menschenrechtssituation aller Staaten (allerdings nicht die der USA) beleuchtet wird. Erstellt werden die Berichte im internen Zusammenspiel von Menschenrechtsexperten und Länderspezialisten der Vereinigten Staaten. Die in dem Bericht genannten Staaten werden dazu nicht gehört.

Am 25. März wurde der Menschenrechtsbericht 2003 der Öffentlichkeit vorgestellt. Dort wird die Haltung europäischer Staaten, insbesondere die von Deutschland, Frankreich, Österreich und Belgien gegenüber der SO thematisiert. In seiner Inhaltsumfassung (executive summary) beschuldigt der Bericht die Regierungen der erwähnten Staaten „diskriminierende Gesetze und politische Maßnahmen“ eingeführt zu haben, um religiöse Minderheiten zu stigmatisieren. Weiterhin wird dort behauptet, dass „diese Länder Gruppen, die anders oder ungewöhnlich erscheinen, aber in Wirklichkeit friedliche und ehrliche Ziele verfolgen“, benachteiligen. Der Bericht kommt zu dem unzutreffenden Ergebnis, dass in Staaten wie Deutschland, Frankreich, Österreich und Belgien „neue Gesetze oder politische Maßnahmen, die die

Ausübung einer Religion kriminalisieren oder stigmatisieren, die Religionsfreiheit in Frage zu stellen drohen.“

Speziell zu Deutschland werden die von einigen Bundesländern herausgegebenen Broschüren zur SO erwähnt, die als diskriminierend angesehen werden. Auch die so genannte Schutzklausel bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, die in dem Bericht als „Sektenfilter“ (SO-Jargon) bezeichnet wird, sowie die Tatsache, dass in Bayern Bewerber für die Einstellung in den öffentlichen Dienst zu einer möglichen SO-Mitgliedschaft befragt werden, findet dort Erwähnung.

Die Einseitigkeit dieses Berichts zeigt sich auch darin, dass zwar das Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin aus 2001, das dem Berliner Verfassungsschutz dort den Einsatz so genannter V-Leute untersagte, zitiert wird, das Urteil des Verwaltungsgerichts Saarland aus 2001 aber keine Erwähnung findet, in dem der Einsatz von V-Leuten ausdrücklich für zulässig erklärt wird, weil die SO Ziele vertritt, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind.

4.5 Verwaltungsgerichtsverfahren

Für die von den Scientology Vereinen „Scientology Kirche Deutschland e.V.“ und „Scientology Kirche Berlin e.V.“ am 31. März 2003 eingereichte Klage gegen das Bundesamt für Verfassungsschutz, mit der die Einstellung der Beobachtung der SO durch den Verfassungsschutz verlangt wird, wurde bisher noch kein Verhandlungstermin angesetzt. In einem Schriftsatz vom 12. Februar 2004 stellt das Bundesamt für Verfassungsschutz zutreffend klar:

„Ihr Bekenntnis zur Verfassung- oder Rechtsordnung ist unglaubwürdig. Sie sind Untergliederungen einer weltweiten Organisation, die sich die unbeschränkte und unbegrenzte Expansion mit allen Mitteln zum Ziel gesetzt hat. Scientology maßt sich die Befugnis an, ihre Gegner mit allen Mitteln zu schädigen und auszuschalten, und setzt dabei auch Täuschungen als legitimes Kampfmittel ein, um ihre Ziele zu erreichen.“

„Die von Hubbard in seinem ‚Handbuch des Rechts‘ beschriebene Methode der Einschüchterung der Kritiker von Scientology besteht im Wesentlichen darin, möglichst viel Negatives über diese Kritiker in Erfahrung zu bringen, sei es aus deren privaten und familiären Bereich, sei es aus deren sozialen und beruflichen Feld, um diese Informationen sodann zu benutzen, sich an den Kritikern zu rächen.“

„Sobald Scientology in einem Staat die Macht errungen hätte, gäbe es keine Gesetze mehr, die Personen oder Gruppen schützen würde, die aus Sicht von Scientology ‚unterdrückerisch‘ sind.“

„Es stellt ein durchgängiges Charakteristikum von Scientology dar, dass zur Verfolgung und Erreichung ihrer Ziele jedwede Täuschungshandlung nicht nur erlaubt, sondern nach scientologischer Vorstellung nachgerade geboten ist. Scientologen dürfen und müssen lügen, betrügen und täuschen, wenn dies zum Wohle der Scientology-Organisation erforderlich erscheint, und sie können ‚unterdrückerische Personen‘ schädigen und verletzen, ohne hierfür irgendwelche Sanktionen befürchten zu müssen (‚Freiwild‘-Doktrin).“

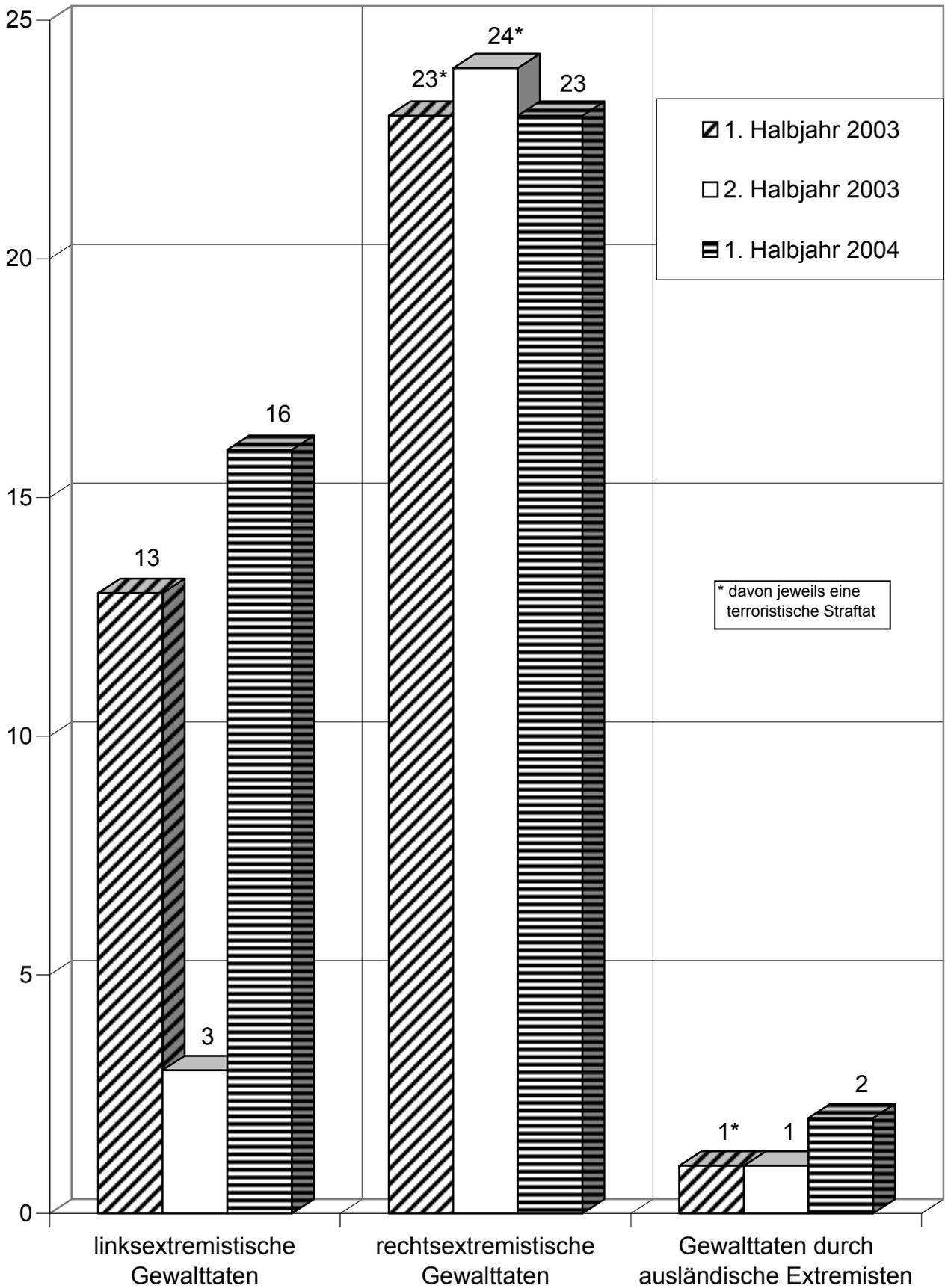
Der Prozessbevollmächtigte des Bundesamts für Verfassungsschutz führt weiter aus:

„Bekundungen der Verfassungs- und Gesetzestreue stellen bloße Schutzbehauptungen dar, die auf die Täuschung der Öffentlichkeit sowie der staatlichen Behörden und Gerichte abzielen, die wahren Absichten von Scientology hingegen verbergen sollen.“

„Die Kläger sind Untergliederungen einer Organisation, die sich in wesentlichen Aspekten als eine Geheimorganisation totalitären Zuschnitts - zudem mit Lenkungs- und Steuerungsgremien im Ausland - darstellt, deren eigene für die Allgemeinheit bestimmten Veröffentlichungen und öffentlichen Verlautbarungen ihre Absichten nur in höchst unvollständiger und irreführender Weise erkennen lassen.“

ANHANG

Entwicklung extremistisch motivierter Gewalttaten in Bayern



Impressum

Herausgeber: Bayerisches Staatsministerium des Innern
Odeonsplatz 3
80539 München
Tel.: (0 89) 21 92 - 01
Fax: (0 89) 21 92 - 1 22 25

Druck: Bayerisches Staatsministerium des Innern, München,
August 2004

Hinweis: Die Verfassungsschutzinformationen Bayern für das
1. Halbjahr 2004 sind auch über das Internet abrufbar:
<http://www.innenministerium.bayern.de>
<http://www.verfassungsschutz.bayern.de>